

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.
Vereinigt Ihrse!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1078.

Inserate pro gespaltenen Zeitseite 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelehr sind an
Otto Behm & Sohn, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Kollegen und Kolleginnen, beteiligt Euch vollzählig an der Arbeitslosenzählung am Dienstag!

Auflage: 110 000 Exemplare

Inhalt:

an die Ortsverwaltungen! — Vor dem Sturm. — Was man sich über den Geschäftsgang in der Textilindustrie erzählt. — Der proletarische Klassenkampf (III). — Die Sterblichkeit in der Stadt und auf dem Lande. — Konferenz der Pflanz- und Teppichweber Berlins und der Vororte. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmertreissen. — Aus Handel und Industrie. — Patent-Wechs. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literarisches. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton. — Fachgewerbliche Rundschau. — Wirtschaftliche Rundschau.

An die Ortsverwaltungen!

Wegen des Bußtages (am 20. November) muss die nächste Nummer (47) schon am Dienstag gedruckt werden, wenn sie rechtzeitig in die Hände der Chorsänger gelangen soll. Wir müssen deshalb das Blatt auch früher freiliegen lassen, um den Herrn Industriellen genügend vorzubereiten. Deshalb bitten wir, dass die nächsten Ausgaben der Ortsverwaltungen — und nur diese — ausgetragen werden. Diesmal bis Dienstagabend an uns gelangen zu lassen.

Redaktion und Expedition.

Vor dem Sturm.

In wenigen Tagen wird der Böldrechstags wieder zusammentreten und berufen sein, über die Geschichte des deutschen Volkes zu schaffen und zu erhalten. Nun gehören zwar die deutschen Arbeiter auch zum deutschen Volle, ja, sie sind, unserer Überzeugung nach, zweifellos der werthvollste Teil des deutschen Volles. Das hindert uns indessen nicht, uns vor dem Optimismus zu bewahren, der uns etwa zu der Annahme verleiten könnte, dieser zweifellos werthvollste Teil des deutschen Volles, die deutschen Arbeiter, hätten von der in Aussicht stehenden Tätigkeit des Böldrechstags irgend etwas Gutes zu erwarten. Sowar, als dieser Reichstag vom deutschen Volle erschwindet wurde, da verprach man ja den Arbeitern, um sie ins Garn der Böldrechstags zu laden, alles nur edelste Gute und Schöne. Und auch als die Wahlen vorüber waren, da schwärzten die Organe der freisinnig-liberal-junklerischen Koalitionsgesellschaft noch das Blaue vom Himmel herunter über das, was nun mehr für die Arbeiter, die sich so brav gezeigt, und in ihrer, von den herrschenden Klassen selbst nicht geglaubten Räubigkeit, ihre wirtschaftlichen und politischen Gegner, die Vertreter des Geldsacks, so glatt gewählt hatten, geschrieben sollte.

Nun erscheint Sozialpolitik! Sie lautete in jenen Tagen ein viel zitierteres Wort, welches als Antwort gelten sollte auf die vorlauten Frohlockungen der Scharfmacher, die, als sie sahen, dass die Mehrheit des neuen Reichstags aus Vertretern des Geldsacks bestand, in den Jubelruf einstimmten: „Nieder mit der Sozialpolitik!“

Und dieser Jubelruf der Scharfmacher, er wurde, wie wir das von ihnen hören, gar bald nicht nur zu ihrer sozialpolitischen Parole, sondern auch zum Leitmotiv der künftig zu betätigenden Sozialpolitik überhaupt. Wenn wir daher einleitend auf den demnächst stattfindenden Zusammentritt des Reichstags hinarbeiten, so geschah es nicht deshalb, um etwa bei den Arbeitern irgendwelche Hoffnungen über endgültige in Aussicht stehende und in ihrem Interesse liegende gesetzgeberische sozialpolitische Handlungen zu erwecken, sondern es geschah, um die Arbeiter auf das drohende Unwetter aufmerksam zu machen, welches sich am sozialpolitischen Himmel zusammen gesogen hat und zu Entladung kommen wird.

Es hat sich zweifellos in jenem drohenden Unwetter eine Unmenge Explosivstoff gesammelt, und die Scharfmacher arbeiten mit Hingebung daran, um die Spannung noch zu verstärken.

Die letzten Wochen haben die Scharfmacher der verschiedenen Parteien getagt, um den Sturm gegen die Sozialpolitik endgültig vorzubereiten. Es entbehrt für die Christlich-Nationalen nicht einer gewissen Erwagung, dass just in demselben Tage, an dem der zweite Kongress der untreuen Arbeiter Deutschlands von den Vertretern der Böldrechstags „begruft“ wurde, an einer and deren Stelle in Berlin die Klassengenossen dieser Böldrechstagsdelegierten versammelt waren, um die Schritte zu beraten, welche das gerade Gegen teil vom dem ersten Tag folgen sollten, mit welchem Böldrechstagsdelegierten die demokratischen nationalen Arbeitervertreter, ebenso dem christlich-nationalen, die Böldrechstagsdelegierten brachten der letzteren. Sie eigneten sich wohl die lobhafte Lage über, doch die Sozialpolitik auf das sozialpolitische Geschehen einzubringen, die gesetzgebende Förderung der Sozialpolitik also zum

Stillstand gekommen sei. Eine Klage, der wir uns nur im vollen Umfang anschließen können.

Wie aber denkt über die gesetzliche Förderung, oder richtiger gesagt, Nichtförderung der Sozialpolitik das organisierte Scharfmachertum? An demselben Tage, wo der „nationale“ Arbeiterkongress in Berlin zusammensetzte, hielt der „Bund der Industriellen“ ebenfalls in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Wie nun die „Arbeitsgemeinschaft“ berichtet, hielt auf jener Generalversammlung der Generalsekretär des Bundes, Dr. Wendtland, einen Vortrag über das Thema: „Die neuen sozialen Gesetzesvorlagen.“ „Sozialpolitik treiben,“ so führte er aus, „ist seit dem Erlass Kaiser Wilhelms I. unter Begründung des Vereins für Sozialpolitik bei vielen zum Vetter geworden, an dem sich gerade diejenigen Kreise in besonderem Maße beteiligen, von denen die Kosten nicht getragen werden. Jede soziale Gesetzegebung bedeutet mehr oder weniger eine Verbelastung der Industrie. Sofern diese die Kosten betreut, muss ihr auch vor allen anderen das Recht der Kritik und die Möglichkeit der Abwehr übertrieben und die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft unbedingt hemmender Bestimmungen zugestanden werden. Augenblicklich leben wir nicht nur in einer wirtschaftspolitischen, sondern auch in einer sozialpolitischen Hochkonjunktur, welche lehrt der Industrie schwere Kopfschmerzen zu bereiten geeignet ist.“ Mit dieser Feststellung begründete der Redner das Vorgehen der beiden großen industriellen Körperschaften, welche noch vor Zusammenkunft des Reichstags in öffentlichen Versammlungen und unter Anwesenheit von Regierungssärgen die Grenzen des Möglichen und Möglichen in der Frage: „Gesetz vom Standpunkt der Industrie abzufinden beugt.“

Hier sehen wir nun einmal in drastischer Weise, welche tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen den Anschaungen der Arbeiter und denen des Unternehmertums besteht. Während wir Arbeiter der Überzeugung sind, die gesetzliche Sozialpolitik sei auf ein totes Gleis gefahren, ihre gesetzliche Förderung sei also eingestellt worden, kommen die Unternehmer und behaupten, wir lebten in einer sozialpolitischen Hochkonjunktur. Weiter behauptet das Scharfmachertum unaufhörlich, die Kosten, welche die Industrie aus der sozialpolitischen Gesetzegebung zu tragen bekomme, seien so groß, dass darunter die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern erdrückt werde. Das ist natürlich purer Schwachsinn. Ganz abgesehen davon, dass es ein ganz einfaches Mittel gäbe, durch welches die Auflösung der Kosten für die sozialpolitische Gesetzegebung in anderer, von der Industrie vollständig unabhängigen Weise, geregelt werden könnte. Wir meinen die Auflösung der Kosten durch eine direkte Steuer, durch Schaffung einer Reichssteuer einzusteuern, wie sie die Sozialdemokratie schon lange gefordert hat.

Aber wie schon gesagt, entbehren die Behauptungen der Scharfmacher von der drückenden, die Wettbewerbsfähigkeit eindrückenden Belastung der Industrie durch die sozialpolitische Gesetzegebung jeder tatsächlichen Unterlage. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wird, wie wir gleich beweisen werden, nicht eingeschränkt durch die auf den Arbeitstag entfallenden paar Pfennige Beiträge für die soziale Versicherungsgesetzegebung, sondern sie wird, wie Dokumente von Handelskammerberichten der letzten Jahre besagen, eingeschränkt durch die im junkerlichen Lebensmittelmarkt Rechnung tragende agrarische Handelspolitik. Diese Handelspolitik kostet eigentlich die Produkte jener Länder, welche Abnehmer der Erzeugnisse unserer Industrie sind. Wenn diese agrarische Handelspolitik, die für ein Industrieland, wie Deutschland eins ist, fast wie die Faust aufs Auge, jene Länder, deren Produkte sie geradezu boykottiert, zwingt, es gegenüber den Produkten der deutschen Industrie ebenso zu halten, die Einführung dieser Produkte durch hohe Zölle immer schwieriger zu gestalten, so tritt daraus niemand anders die Schuld, wie die herrschenden Klassen selbst, welche diese wuchernde Handelspolitik in die Wege geleitet haben. Wenn nun diese verfehlte Handlung die Arbeiter jetzt auch noch auf sozialpolitischem Gebiete büßen sollen, dann dürfte ihre Gebühr diese scharfmachertische Belastungsprobe wohl nicht mehr auszuhalten. Es ist wirklich unerhört, wenn man sehen muss, wie diese Scharfmachergesellschaft, die sich lächerlich aus der Schweiz, das deutsche Arbeiter-Militär in blühenden Goldes munzt, nun auch noch gegen das bisherige soziale Reformsturm läuft. Sturm läuft gegen eine Gesetzegebung, welche kaum den zehntausendsten Teil an den Arbeitern wieder gut macht, was durch die schaurlose Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital an Schaden angerichtet wird.

Sehen wir uns doch einmal an, wie hoch die „Kosten“ sind, welche die Industrie aus der sozialpolitischen Gesetzegebung anträgt hat. Seit dem Jahre 1904, in irgendeiner Art fortgeschritten, der zu einer Mehrbelastung der Industrie geführt hatte, in der Sozialpolitik nicht zu verzeichnen gewesen. Was haben nun in jenem Jahre die Unternehmer pro Tag und Arbeiter an Beiträgen zur Durchführung der sozialpolitischen Gesetzegebung — in Betracht kommen die drei Versicherungsgesetze: Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherungsgesetze — gezahlt? Von dann es mit den Ziffern aus den Rechnungsberichten, laufen sie Sturm gegen die sozialpolitische Gesetzegebung, sondern weil sie jede Art von Kontrolle, wie sie die sozialpolitische Gesetzegebung mit sich bringt, von ihren Ausbeutungen möglich fernhalten wollen. Mit der Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankeklasse, die man euphemistisch, aber keineswegs ehrlich eine „Reform“ der Krankenklassen nennt, soll die Ausbeutung der Sozialpolitik begonnen werden, und mit der Ausbeutung von Arbeitern, welche gegen die organisierten Arbeiter wird, wenn es sich die Arbeitnehmer lassen lassen, der Böldrechstags keine antisozialpolitische Tätigkeit zu treiben suchen.

Rechtsaußen gegen die Sozialdemokratie beginnend, die freien Gewerkschaften an-

drei Versicherungsgesetze 304 708 201 M., von den Arbeitern 210 600 208 M. und vom Reiche 45 275 550 M. aufgebracht. In demselben Jahre leisteten 8 276 351 Arbeiter 7 406 516 × 300 Arbeitstage gleich 2 248 954 800 Arbeitstage. Sehen wir jeden Arbeitstag einen Beitrag von 10 Pf. ein, so ergibt dies die Summe von 224 895 480 M. Nun waren aber noch 11 189 071 Landarbeiter versichert. Nehmen wir hierfür jeden Arbeiter nur 200 Arbeitstage und jeden für den Arbeitstag 4 Pf. Beitrag an, so ergibt dies 2 237 814 200 Arbeitstage × 4 Pf. gleich 80 512 568 M. Das wäre also für gewerbliche und Landarbeiter zusammen eine Beitragssumme von 314 408 048 M. Es sind das also schon 369 837 M. mehr, als wie die Unternehmer im Jahre 1904 tatsächlich an Beiträgen für alle drei Versicherungszweige gezahlt haben. Danach steht unverkennbar fest, dass von den Unternehmern noch nicht 10 Pf. für einen gewerblichen und nicht ganz 4 Pf. für einen landwirtschaftlichen Arbeiter pro Arbeitstag gezahlt wird; ganz abgesehen davon, dass die Unternehmer diese Beiträge gar nicht aus ihrer Tasche bezahlen, sondern dieselben, wie ihnen hinzuliefert, erst vom Ministerialamt aus nachgewiesen wurde, von den Werten beziehen, welche ihnen die Arbeit erstmals verdienten. Es ist deshalb, oberflächlich betrachtet, tatsächlich schwer verständlich, wie dieser geringfügigen Beiträge wegen das Unternehmertum eine solche Hebe gegen die Sozialpolitik entfalten konnte.

Denn nicht nur der Bund der Industriellen, sondern auch der berüchtigte „Zentralverband deutscher Industrieller“ fand sich wenige Tage später, am 28. Oktober, ebenfalls in Berlin zu demselben „üblichen Tun“ zusammen. Hier waren es besonders die Herren Kirdorf und Budd, welche den erschienenen Ministern klar machten, dass sie die Arbeiter nur als Ausbeutungssobjekt für das Kapital betrachten und behandeln wüssten. Herr Kirdorf tat sich ganz besonders etwas zugute, indem er ostentativ betonte, die Großindustriellen hätten richtig gehandelt, indem sie der Arbeiterbewegung gegenüber den „Herrnstandpunkt“ gewahrt hätten. Herr Kirdorf war es auch, der betonte, dass er keinen Unterschied mache zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften; dass der Herrenstandpunkt der Unternehmer vielmehr gegenüber beiden Organisationen gewahrt werden müsse. Diese Ausführungen verstörten in grausamer Weise die Hoffnungsträume, welche der Staatssekretär des Innern, Herr Behmann-Holzmeg, acht Tage vorher in seiner Rede auf dem „christlich-nationalen“ Arbeiterkongress hervorgerufen hatte, als er dem Wunsche Ausdruck gab, es möchte gelingen, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage in die bestehende Gesellschaft einzufordnen. Und Herr Handelsminister Delbrück ward denn auch sofort gewahr, dass die Ausführungen Kirdorfs in der hier angeborenen Richtung eine Wirkung haben müssten, die etwa der Befreiung einer Kuh im Porzellansladen zur Folge hat. Herr Delbrück nahm daher sofort Gelegenheit, aus dem dem Kirdorf geschaffenen Scherbenhaufen noch manches zu retten. Wir sind indessen der Überzeugung, dass hier nichts mehr zu retten war. Denn wenn auch Herr Delbrück den „Herrn im Haushalt“ der Scharfmacher dadurch mit einem etwas neuzeitlicheren Gewande zu bestücken suchte, dass er diesen „Herrn im Haushalt“ standhaft, wie jetzt bekannt wird, nicht in jenem mittelalterlichen Sinne, sondern im Sinne der Kommandogewalt unserer Offiziere gegenüber den gemeinen Soldaten verstanden wissen wollte, so werden sich die Arbeiter schönstens bedanken dafür, sich zu einem Wesen erziehen zu lassen, welches keine Wünsche mehr haben darf und widersprüchlos alles über sich ergehen lassen müsste, was der Herr Ausbeutungsoffizier Kraft seiner Kommandogewalt befiehlt. Das wäre vollends das Letzte und zugleich schlimmste, was über die deutschen Arbeiter kommen könnte: anstatt des Koalitionsrechts die Kriegsabteilung. Man war denn auch ganz entzückt über diese ministerielle Verkleidung der Unternehmerwünsche. Unter dem lebhaften Beifall der Zivilgesellschaft bemerkte nämlich sofort Herr Beumer, dass man in der Industrie sehr erfreut sein würde und der Herr Minister auf großen Dank rechnen könne, wenn er dazu helfen wolle, dass den Arbeitgebern dieses Maß der Disziplin, wie es in der militärischen Kommando-Schule liegt, in die Hand gegeben werde. In diesem Sinne würden die Unternehmer durchaus die Kameradschaft mit den Arbeitern annehmen. Das glauben wir den Herren recht gerne. Wir wissen, dass sie sich nichts schändlicher wünschen, wie eine Gesetzegebung, welche die Arbeiter gegenüber ihren Ausbeutern zum Radabergesetz zwingt und welche es ihnen ermöglicht, mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter zu schaden und zu walten, wie es ihnen beliebt.

Graude bestohlb sind sie ja solche erbitterte Feinde jeder sozialpolitischen Gesetzegebung. Nicht der lumbigen 10 Pfennige wegen, die sie pro Tag für den Arbeiter an Beiträgen zahlen, laufen sie Sturm gegen die sozialpolitische Gesetzegebung, sondern weil sie jede Art von Kontrolle, wie sie die sozialpolitische Gesetzegebung mit sich bringt, von ihren Ausbeutungen fernhalten wollen. Mit der Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankeklasse, die man euphemistisch, aber keineswegs ehrlich eine „Reform“ der Krankenklassen nennt, soll die Ausbeutung der Sozialpolitit begonnen werden, und mit der Ausbeutung von Arbeitern, welche gegen die organisierten Arbeiter wird, wenn es sich die Arbeitnehmer lassen lassen, der Böldrechstags keine antisozialpolitische Tätigkeit zu treiben suchen.

Rechtsaußen gegen die Sozialdemokratie beginnend, die freien Gewerkschaften an-

Sprachrohren der Scharfmacher der Regierung entgegen. Und die Regierung, welche aus dem Range des Zentralverbandes deutscher Industrieller mehrmals das Vertrauen ausgesprochen wurde, sie läßt in der „M. d. A. Allg. Blg.“ verlunden, daß auch für den Gedanken, daß die Freiheit der Arbeiter wirkungsvoller wie bisher gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie — gemeint sind natürlich die organisierten Arbeiter — geschützt werden müsse, das Verständnis in vielen Kreisen gewachsen sei. Die Regierungen sind also alle gegangen und es bedarf nur noch eines Winkes und der Sturm bricht los; seiner Sturz, der das bishen Sozialpolitik und die bishen Wechte der Arbeiter zum Heile des Geldsacks in den Orlus segen soll.

Deutsche Arbeiter, deshalb gilt auf die Schanzen, d. h. seit auf dem Posten! Gibt acht darauf, was nun um Euch herum vorgeht! Die Seiten sind ernst, furchtbar ernst! Die unheilbringende wirtschaftliche Krise lauert vor der Tür. Not und Elend wird in verstärktem Maße in den Arbeiterfamilien sinken. Dieser Zeitpunkt äußerster wirtschaftlicher Depression hält das Scharfmachersum für am geeignetesten, Euch das Ante auf die Brust zu ringen. Man hält die Zeit für gekommen, nun auch eine Attacke auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu unternehmen. Arbeiter! Kollegen und Kolleginnen! Formiert die Phalanx in dichten Reihen, damit nicht nur diese drohende Alteide siegreich abgewiesen wird, sondern auch jene düsteren Gestalten der Reaktion bei dieser Alteide eine Niederlage erleben, daß das deutsche Volk für immer von dieser politischen Landplage befreit werde.

Was man sich über den Geschäftsgang in der Textilindustrie erzählt.

Die Finanzkrise in Amerika hat auch in der Geschäftswelt Deutschlands nicht geringe Unruhigkeiten hergerufen. Das ist ganz erklärlich, denn in allerhand waghalsigen Spekulationen hat man auch hier sein vollgerüstet. Doch zu verzögern. Und es ist das solche Spekulationen leitende schlechte Gewissen, welches, wenn dann solche Folgen wie in Amerika eintreten, eine immer mehr sich steigernde Unruhe hervorruft. Wir wissen ja, daß auch in Textilwaren sehr gewaltsame Spekulationen eingegangen worden sind, und deshalb gar mancher Spekulant heute von unruhigen Rächten geplagt werden mag, wenn er daran denkt, daß durch einen Sturz der Rohbaumwollpreise sich sein bei der Spekulation erhoffter Gewinn sehr wahrscheinlich in einen ebenso großen Verlust verwandeln wird. Wenn eine solche Umwandlung des erhofften Spekulationsgewinnes in einen Verlust den Spekulanten selbst betrifft, dann mag dies ja noch angehen. Der Verlust trifft dann wenigstens keinen Unschuldigen, sondern den Schuldigen als heilsame Kedre. Diese kapitalistischen Buchmacher mögen nur eine gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichten, anstatt Schwundberichte zu fabrizieren, mit denen sie ehrliche Leute belügen und ihnen das mühsam verdiente Geld abnehmen.

Natürlich stellt man nun wieder allerhand Betrachtungen an und redet allerhand tröstliche, wenn auch wenig stichhaltige Ansichten in sich hinein, um das beunruhigte Gewissen zu beruhigen. Der Hauptrost der Spekulanten wird von diesen darin erblickt, daß die Spinnereien ja angeblich noch zum größten Teile mit Aufträgen zu hohen Preisen versehen seien und deshalb, selbst dann, wenn die Rohbaumwolle einen noch weiteren Preissturz erfahren sollte, vor der Bank gar nicht in der Lage seien, auch billigere Garne zu liefern. Daraus folgert dann weiter, daß, da die Spekulanten größtenteils in Webwaren erfolgt seien, es inhaltlich möglich werden dürfte, die zu höheren Preisen eingedeckten Waren an den Mann zu bringen. Das ist jedoch ein Trugschluss nach mehrfacher Richtung hin. Erstens steht fest, daß nicht alle Spinnereien ihre ganze Produktion bis Ende 1908, wie man immer sagt, verkauft haben. Sie können also schon früher, und manche wahrscheinlich schon jetzt, Aufträge zu billigeren Preisen aufnehmen. Es sind denn auch schon Preisdemaskierungen für Baumwollgarne eingetreten, und weitere Erhöhungen der Preise werden folgen müssen. Da die Webereien nun nicht solche langfristige Aufträge haben, angenommen etwa die Moh- und Nesselweberie, so können sie heute schon zum großen Teil billigere Offeren hereinnehmen und in kürzerer Zeit liefern. Nun werden ja zweifellos die Baumwollspinnereien in ihrem eigenen Interesse keine große Neigung haben, mit den Garnpreisen dem Heraufgehen der Rohbaumwollpreise zu folgen. Sie werden, solange es geht, die Preise stetig hoch halten, schon um hohe Gewinne zu erzielen. Aber diese dem Gewebe der Allianz wohlstehende Absicht findet doch auch ihre Grenze, und zwar in der internationalen Konkurrenz. Bekannt ist, daß in England in den letzten zwei Jahren fünf Millionen Spindeln zur Aufstellung gelangt sind, welche gerade mit Rücksicht auf die Garnversorgung Deutschlands auf-

gestellt wurden. Ferner verweisen wir hier auf die in der „Fachgewerblichen Rundschau“ in voriger Nummer enthaltene Notiz: „Die brühende Konkurrenz“. Dort wird von der „Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ neben der von Amerika drohenden, auch auf die indische Konkurrenz hingewiesen. Aber auch Stimmen aus unseren Unternehmertreinen selbst liegen vor, welche auf diese internationale Konkurrenz hinweisen. So bringt die „Frankf. Blg.“ einen Bericht aus M. Gladbach über die Niederrheinische Spinnerei- und Weberei-Industrie, in welchem wie folgendes lesen:

„Für die Baumwollspinnerei haben die vergangenen vier Wochen eine weitere Verunsicherung ihres Auftragbestandes von Belang nicht gebracht, sofern Uermischgeschäfte in Frage kommen. Bei der weichenden Preisbewegung am Mohnmateriale halten die Garnkonsumtoren zurück, trotz des Rückgangs der Garnkonsumtoren in der festen Zeit. Die Spinnerei ist durchgängig noch für vier bis fünf Monate unter Kontrakt, jedoch muß auf die Dauer infolge der reichlichen und billigen Offeren Englands damit gerechnet werden, daß im Abur auf alte Kontrakte, wenn auch feine formelle Stodung, so doch eine erhebliche Hinaussetzung und Verlängerung eintraten würd. Dieser Zustand gibt der Spinnerei Unrat zu gräßiger Besorgnis im Hinblick auf die Zukunft. Die Imitationspinnerei verfügt zwar noch über eine weitreichende Auftragserfahrung, jedoch wird in den verflossenen vier Wochen der Auftragbestand keine wesentliche Veränderung erfahren haben, da sich auf diesem Gebiete die Konsumtoren Reserve auferlegen.“

Wenn wir in früheren Nummern des „Textilarbeiter“ nachgelesen, so finden wir Blätter aus den Situationsberichten der bürgerlichen Blätter, wonach auch im M. Gladbach Industriebezirk die Baumwollspinnerei bis Ende 1908 überlaufen sein sollten. Sauter-Schwindelberichte sind es gewesen, welche jene Blätter gebracht haben. Schwindelberichte, darauf berechnet, die Garnverbraucher zu veranlassen, ihre Aufträge auszugeben, weil man den Gläubern in ihnen erwarte, sie würden, da die Spinnereien ihre Produktion auf solange hinaus verkaufen haben sollten, gar kein Garn mehr bekommen. Jetzt lesen wir in dem obigen Bericht, daß die Spinnereien nur noch vier bis fünf Monate unter Kontrakt sein sollen. Das wäre also eine Beschäftigung, welche höchstens bis März reicht. So kommt der Schwindel an den Tag! Man sieht also, wie recht wir hatten, wenn wir oben sagten, daß es ein Trugschluß ist, wenn es als Schwindelmanöver der Spekulanten sei, ein Schwindelmanöver, mit dem sie die kleinen Händler betören wollen, wenn sie sagen, trotz des Heraufgehnens der Rohbaumwollpreise sei unter Jahresfrist auf ein billigeres Angebot in fertigen Textilwaren nicht zu rechnen. Wenn wir das hier besonders hervorheben, so tun wir es nicht, weil wir etwa irgendwelche Sympathie für die kleinen Händler, die sogenannten Detallisten, haben. O nein! Diese Detallisten haben sich ja auch als Gegner der organisierten Textilarbeiter erklärt und durch Beschlüsse ihrer Organisation wie auch durch gemeinsame Versammlungen über die Streik- und Ausscherrungsstausfel in der Textilindustrie zur Güte ihrer Arbeiterschaftlichkeit zu erkennen geben. Wenn wir diese Täuschungsmanöver aufdecken, so tun wir es, um erstmals einmal jenen Verbündeten der großen Ausbeuter, den Händlern, zu zeigen, wie sie von Ihren Bundesbrüdern übers Ohr gehauen werden, ferner aber, um dazu beizutragen, daß unsere Industrie aus der Spur der wilden Spekulation wieder auf den festen Boden der Wirklichkeit gebracht werde. Auch die Arbeiter haben daran ein großes Interesse. Denn durch diese wilde Spekulation wird die Produktion immer unregelmäßiger. Die Überproduktion wird dadurch in ungeheure Weise gesteigert, und die Folge davon ist, daß dann die Kräfte im Berufe um so nachhaltiger wirken müssen.

Natürlich sind es in Deutschland ebenso wie in Amerika die Spinnereien der Unternehmer gedenken, welche die Spekulation beeinflussen und schließlich den ganzen Geschäftsgang lahmlegen werden. In der deutschen Textilindustrie waren es die sogenannten Konventionen zur Regelung der Verkaufsbedingungen, welche sich gar bald zu richtigen Schriftstücken entwickelten. Das wird selbst dem „Confectionair“ zu schlimm. In seiner Nr. 44 berichtet er auf die Krise in Amerika und kommt dabei auch auf die Krise zu sprechen. Er schreibt:

„Aber in derselben Weise, wie Amerika auf dem Geldmarkt überhöhte Verhältnisse geschaffen hat, gab es uns auch das Signal für die Konzerte, Konventionen und Kartelle, die auch bei uns inzwischen artig auswachsen. Wer in den letzten Monaten die Fachzeitschriften aller Branchen durchblättert hat, der findet Seite für Seite zahlreiche Nachrichten über bestehende neue oder in Bildung begriffene Kartelle oder Konventionen. Die Fabrikanten schließen ihre Ringe, die Großhändler, die Warenhäuser, die Detallisten, die Kleinhändler, alles vereinigt sich. Natürlich folgen die Angestellten, und selbst die Kaufleute, um nicht noch weiter abwarten zu müssen, haben ihre Verbände und müssen sich den Säugungen fügen.“

Wohin dies noch führen wird, läßt sich nicht abschönen — aber davon darf man sich in allen Kreisen bald

Wir geben diese Notiz wieder, ohne jedoch zu unterlassen zu bemerken, daß wir das darin Gesagte für unvorbereitet, zum mindesten aber für stark übertrieben halten. Das geht ganz besonders aus der Stelle hervor, wo davon die Rede ist, daß 100 Webstühle 1½ Millionen Stücke liefern sollen; wahrscheinlich doch in einem Jahre. Das ist doch eine zu faulste Lüge, denn dann müßten die 100 Webstühle zusammen pro Tag 5000 oder jeder Stuhl täglich 50 Stücke liefern. Es kommt freilich darauf an, wie lang diese Stücke sein sollen. Wenn sie einen halben Meter lang sind, dann könnte wohl ein Stuhl 50 Stücke am Tage fertigstellen.“

Die Situation in der Seidenindustrie wird vom „Confectionair“ folgendermaßen geschildert:

„Die Seidenindustrie blieb von den nachteiligen Einfüssen der Geldmarktlage sowie auch von der hochgradigen Zurückhaltung, die in der Baumwollindustrie unter dem Drude der schwachen Tendenz auf dem Rohstoffmarkt und der Geldmarktzuliefererseiten Platz gegeben hat, bisher verschont. Sowohl nach Fleisch- wie nach Seidengarne besteht, wie wir hören, lebhafte Nachfrage, und die höchsten Preise haben sich bisher zu behaupten vermocht. Auch der Absatz von Geweben ist aufzufallen. Da die Spinner bis zum Ende des nächsten Jahres und die Weben bis zum Herbst 1908 ausverkauft sind, so erscheint die gegenwärtige Preislage für Seiden und Gewebe eingemessen hergestellt. Allerdings haben die Preise in der Seidenindustrie einen solchen Boden erreicht, daß im Fall sinkender Kaufkraft der Konkurrenten mit der Möglichkeit der Absatzförderung gerechnet werden müßte. Eine besondere Möglichkeit für diese Branche haben auch die Vorstände in Amerika, da der wichtigste Auslandskunde der deutschen Seidenindustrie — die einen sehr großen Export hat — die Vereinigten Staaten sind. Ihren Brühljahrabsatz haben die amerikanischen Männer bereits gedeckt. Der Verhältnisbetrieb nach dem Beginn jedes Jahres ab angekündigt und es ist kein Zweifel möglich, daß die Aufnahmefähigkeit der Vereinigten Staaten hinter dem bisherigen Ausmaße zurückbleiben wird, da die Weise dort immer weitere Hochzeit feiert.“

Also auf einer ein Jahr davor liegen die Meliorierungsberichte entschieden noch dünn. Wie es später werden wird, das kann man noch nicht ab, ob und in welchem Umfang eine Veränderung der schweren Krise in Amerika eintreten wird.“

Gelehrtenrat Dr. Hoffmann in der Sitzung 1907/08. (Bericht von Dr. Hoffmann am 1. April 1908, Melbourne, Australien.) Gehört

überzeugen, daß ein „Spiel“ auch hier nur höchstlich sein kann. Bei manchen dieser Vereinigungen achtet man zu sehr auf Kleinigkeiten und kommt selbst ins Kleinliche; man will andere binden und hält sich selbst! Sicherlich werden manche dieser Abmachungen in absehbarer Zeit wieder verschwinden. Allzu scharf! Sicherlich! Die Freiheit des Willens darf für den deutschen Kaufmann nicht allzu sehr eingeschränkt werden; was für Amerika, für die großen Rohprodukte nutzbar sein mag, ist für Deutschland noch nicht ohne weiteres nachahmenswert.

Wir glauben nicht, daß sich die Kapitalisten an diese Warnung halten werden. Wir sind vielmehr überzeugt, daß es ein „Zurück“ auf diesem Gebiete überhaupt nicht gibt. Die Konventionen, Kartelle, Syndikate und Trusts sind nichts anderes, wie verschiedene einander folgende Gruppenstitutionen der Konzentration des Kapitals. Sie sind die Basis für die Konzentration der kleinen Kapitalisten vor dem wirtschaftlichen Sturm des immer stärker werdenden Konkurrenzstamper. Mit den Konventionen fängt es an, und dann geht es, unter Ausmerzung der kleinen, immer weiter bis zum Extrem fort angelegt, ist die ganze Produktion nur noch in wenigen Händen, aber unter nur einem Sachverwalter für alle, vereinigt. Das ist der naturnotwendige Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktionsweise.“

Wir geben der wirtschaftlichen Krise entgegen, und wenn auch die Textilindustrie zurzeit noch leicht beschäftigt ist, so besteht heute nirgends ein Zweifel mehr, daß sie bald auch unsere Industrie in die Periode der sieben mageren Jahre eintreten wird.

Der proletarische Klassenkampf.

III.

Der Arbeitsmarkt.

Am Schluß unseres zweiten Artikels in Nr. 44 des „Textilarbeiter“ hatten wir eine Reihe Fragen und darüber auch die aufgeworfen, ob denn der Arbeiter beim Verlauf seiner Arbeitskraft und im Verlauf der Ausarbeitung derselben seine Interessen so wahren kann, wie wir es in jenem Artikel für notwendig bezeichnet hatten, oder ob er nicht vom Kapitalisten und von seinem Schutzherrn, dem kapitalistischen Staat, nach Kräften daran zu hindern gesucht werden.

Betrachten wir uns nun zunächst einmal den Teil der Frage, der davon handelt, ob der Arbeiter seine Interessen überhaupt wahrnehmen kann. Wenn wir auf diese Frage mit „ja“ und auch mit „nein“ antworten, je nachdem wie man die Unterfrage stellt: ob der Arbeiter allein oder nur mit seinen Berufsgenossen seine Interessen wahrnehmen kann. Als einziger Arbeiter, das können wir gleich von vornherein sagen, kann der Arbeiter an die Wahrnehmung seiner Interessen gegenüber dem Kapitalisten nicht denken. Wer das nicht glaubt, dem raten wir, nur einmal die Probe auf das Exempel zu machen. Es versucht es nur einmal ein solcher Arbeiter, der in einer Fabrik beschäftigt ist, deren Besitzer auf die Gesundheit der Arbeiter keine Rücksicht nimmt und sie in schlecht gehaltenen oder mit Staub angestäubten Arbeitsräumen arbeiten läßt — er versucht es nur einmal, vom Unternehmer zu verlangen, daß die Arbeitsräume besser geheizt und entstaubt werden. Das erstmals wird man ihm etwas von der Seite ansehen, aber vielleicht noch unbeküllt lassen; eine Kündigung aber wird der Fabrikant wegen „ihm“ allein in der Heizung und Ventilation nicht eintreten lassen. Kommt darauf der Arbeiter an zweitem, so wird man ihm bedenken, daß sein Vertrag ebenfalls ungerecht ist, wenn wir ihm befehlen, daß sein Vertrag ein ungerechter sei, denn wenn es berechtigt wäre, so würden doch auch die anderen Arbeiter kommen und dieselbe Klage erheben. Und die Folge der zweiten Reklamation wird sein, daß er eine ernsthafte Verwarnung und die kategorische Weisung erhalten, seine Arbeit zu geben und sich jeder Abstinent in der Fabrik zu enthalten. Wenn jetzt wittert der Unternehmer Unheil. Denkt er, der ihm da fortwährend auf die Nase rückt, um bald dieses, bald jenes zu fordern, traut er nicht mehr über den Weg: der könnte ihm womöglich noch die anderen Arbeiter „auspielen“ und es dazu bringen, daß er tatsächlich die Arbeitsräume besser heizt und entstaubt müßte. Das muß verhindert werden, und bei erster Gelegenheit ziegt der Arbeiter vor die Tür. Solche Fälle passieren doch täglich zu Tausenden. Erst dieser Tage beschäftigte sich eine Textilarbeiterversammlung in Bremen mit solchen Vorgängen. Diese betrafen die Firma Jung u. Simon. In jener Versammlung kam der Vorsitzende auch darauf zu sprechen, daß einzelne Unternehmer, um ihre Arbeiter in isolierter Lage zu erhalten, die Weltung ergehen ließen, Beschwerden und Wünsche jederzeit in Empfang zu nehmen; man fragte aber nur nicht wie und mit welchem Erfolg. Wörtlich führte er aus: „Es heißt immer, Beschwerden und Wünsche werden gern entgegengenommen, aber — welche dem, wer dieselben vorbringt! In einer Abteilung sind die Arbeiterinnen mit Wünschen gekommen, nämlich einer Wohnungshaltung. Ein böses Wort für die Betriebsleitung, zwei Arbeiterinnen, die wiederholt darum anstrahlen, da ihre Löne zu niedrig seien (8—9 Mr. pro-

es uns möglich war, zuverlässiges Material zu sammeln, kommen wir zu den folgenden Schätzungen für die neue Saison:

	1907/08	1908/09
Neu-Süd-Wales	918 500 gegen wirkliche 956 500 Mr.	956 500 Mr.
Victoria	288 500	288 500
Queensland	229 000	204 000
Süd-Australien	178 500	168 500
West-Australien	46 000	42 000
Tasmanien	38 500	38 500
Neu-Seeland	427 000	427 000
	2 094 000	2 090 000 Mr.

Aus den obigen Zahlen ergibt sich ein Widerergebnis für Neu-Süd-Wales von 40 000 Wallen, keine Veränderungen der Produktion von Victoria, Tasmanien und Neu-Seeland und eine Zunahme in den übrigen Staaten von 26 000 Wallen in Queensland, 16 000 Wallen in Süd-Australien und 4000 Wallen in West-Australien.

Rückt der vorstehigen Sichtung des Materials, das uns für diese Schätzungen vorlag, haben wir Grund zu der Annahme, daß unsere Soddisfaction einer praktisch unveränderten Umfangs der neuen Auftragschüre sich am Ende der Saison als richtig herausstellen wird.

Da trockenes Wetter das Scheren begünstigt, so muß man mit großem Angebot zu Anfang der Saison und entsprechend kleinerem Angebot im Anfang des nächsten Jahres rechnen.

Sie glauben, sie haben die Stellung der Gläubiger wird bestreiten, das derzeit in Bremen, Währingen und Schlesien überall gut gekrönt und entstaubt werden könnte, so daß dort, wo es nicht wegen Lagerung getötigt wurde, auch auf eine gute Größe getrennt werden kann. Die Stoffe ist in vollem Gange und beschrieben, da in der letzten Zeit nach längerer Trockenheit vorher Stoffe gedeckt. Der Verhältnisbetrieb nach dem Beginn jedes Jahres ab angekündigt und es ist kein Zweifel möglich, daß die Aufnahmefähigkeit der Vereinigten Staaten hinter dem bisherigen Ausmaße zurückbleiben wird, da die Weise dort immer weitere Hochzeit feiert.“

Erklärung der Samt und Wollseide. Der Verband deutscher Samt- und Wollseidfabrikanten beschloß, die Kreise für das zweite Geschäftsjahr weiter für Samt um 4 Proz. und für Wollseide um 3 Proz. zu erhöhen. Die Verhältnisse für 1908 bestimmen die Kreise

Die Zeitungsnotizen über Australien in der Sitzung 1907/08. (Bericht von Dr. Hoffmann am 1. April 1908, Melbourne, Australien.) Gehört

Woch), wurden entlassen, nachdem man ihnen 50 Pf. zugelegt hatte. Die Frage der Arbeiterinnen, weshalb sie entlassen werden, wurde von der Betriebsleitung dahin beantwortet: "Das brauchen wir Ihnen nicht zu sagen." So sieht die "Beraufschaltung" der Beschwerden und Wünsche in diesem Betrieb aus.

Und wie in diesem Falle, so ist es in allen Fällen, wo jeder Arbeiter für sich allein vorgeht, um seine Rechte gegenüber dem Kapitalisten zu vertreten. Das vorstehende Beispiel führt uns aber auch zugleich noch auf ein anderes Gebiet, nämlich auf das Gebiet der Lohnverhältnisse. Und gerade auf diesem Gebiete ist ja der Kapitalist am empfindlichsten. War nicht etwa nach der Machtigkeit, dass er ein menschliches Rütteln befreit und dem Arbeiter einen höheren Betrag für seine Arbeitskraft gibt, wenn dieser kommt und sagt, dass er mit dem Lohn von vielleicht 10-14 Pf. pro Woche nicht mit seiner Familie leben kann. O nein! Seine Empfindlichkeit reagiert in der Regel nach der anderen Seite; sie wird im Interesse einer strohenden Fülle des eigenen Geldsackes zur Unempfindlichkeit gegenüber der Notlage des Arbeiters und setzt nur zu häufig in offene Brutalität und Rücksichtslosigkeit aus, wenn der Arbeiter auf seinem berechtigten Verlangen beharrt. Der Schlussfolger einer solchen Auseinandersetzung ist in der Regel der, dass dem Arbeiter, der eine Notlage von sich und seiner Familie abwenden wollte, nur in eine noch höhere Notlage hineingerät, indem ihm die Worte des Kapitalisten entgegenkommen: "Na, wenn es Ihnen nicht mehr paßt, dann ist es am besten, Sie gehen, in 14 Tagen können Sie aufhören."

Warum aber kann der Kapitalist eine solche Rücksichtslosigkeit durchführen? Muß er nicht die Arbeiter haben, wenn er seinen Betrieb in Bewegung setzen und Geld verdienen will? Es freilich, der Kapitalist muss die Arbeiter haben, ohne sie sind seine Maschinen, und wenn sie noch so vollkommen sind, wertlose, tote Dinger, die gar nichts, oder schlimmstens nur Schaden einbringen, indem sie längere Stillstände ihre Gebrauchsfähigkeit und damit den in ihnen steckenden Wert verlieren. Erst die Arbeitskraft bringt Leben in die eisernen Glieder und wird dadurch für den Kapitalisten zu einem unentbehrlichen Gebrauchsgegenstand. Wenn nun der Kapitalist diesen unentbehrlichen Gebrauchsgegenstand, oder richtig gesagt, den Besitzer dieses für den Kapitalisten unentbehrlichen Gebrauchsgegenstandes, den Arbeiter, so schoßt behandelt, wie wir es vorstehend geschildert haben und wie das ja die Arbeiter auch täglich erleben, so liegt das einfach daran, dass es vielen Arbeitern noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, ein wie wertvolles und unentbehrliches Gut sie in ihrer Arbeitskraft beobachten. Das Herz krampt sich einem förmlich zusammen, wenn man es mit ansehen muss, wie Arbeiter, welche noch nicht zum Bewußtsein ihrer Kloßenslage gekommen sind, ihre Arbeitskraft selbst entwerten, indem sie sich in einer für einen Menschen geradezu unwürdigen Weise, mit der Mühe unter dem Arm, winselnd vor dem Kapitalisten bewegen und ihre Arbeitskraft anbieten, während er sie kaum eines Blickes würdig und sie in hochfahrendem Zorn abschlägt. Darf man sich denn noch wundern, wenn der Kapitalist vor dem Besitzer der Arbeitskraft jede Achtung verliert und ihn so schoßt behandelt? Darf man sich angeföhlt solchen beschämenden Verhaltens vieler Arbeiters noch wundern, wenn die Schafsmacher, die Mühnicher der Arbeitskraft, vom Größenmahn besessen werden und sich als Industriellöte von Gottes Gnaden bezeichnen, wie dies der amerikanische Kohlenkönig Bauer getan hat? Darf man sich da noch wundern, wenn sich die Schafsmacher zu der ungeheuerlichen Ansicht befennen, dass Arbeitern müsse es deutlich gemacht werden, dass er als Anecht geboren sei und als Jäger sein Leben zu vollbringen habe. Das ist, was der Arbeiter als seinen rechtmäßigen Lohn, als den Preis für seine Arbeitskraft betrachtet, nur eine ihm in Gnaden gemachte Ausnahme sei, für die er sich dankbar zu erweisen habe? Darf man sich dann aus alledem noch wundern, dass z. B. der Kattanialistischer in Köln in einem Hirten schreibt, die Arbeiter die "Geringe" nannte, die durch Gottes weise Vorsehung ein Leben der Armut, der Niedrigkeit, der Enttägung und der demütigen Arbeit zu führen haben?"

Nein, wie gesagt, alles das kann uns nicht mehr wundern. Die Arbeiter tragen zum erheblichen Teile selbst die Schuld daran, dass sie gesellschaftlich so mißachtet und somit mißhandelt werden. Gerade umgekehrt müssten die Verhältnisse liegen: der Besitzer der Arbeitskraft, der Erzeuger aller Werke müsste gesellschaftlich nicht der "Geringe", sondern der Geehrte sein, vor dem die Kapitalisten, die sich von ihm ernähren lassen, den Hut ziehen müssten.

Alle anderen Berufsstände, welche Waren zu verkaufen haben, die für andere Menschen Gebrauchsgegenstände sind, haben sich Mittel und Wege gesucht, um die Marktverhältnisse für ihre Waren günstiger zu gestalten. Sie haben sich miteinander verständigt darüber, unter welchen Bedingungen sie hinsicht ihres Warenverkaufs wollen. Dieser Lage prangt an den Schaufenstern der Milchgeschäfte in Berlin ein gelbes Blatt, auf welchem zu lesen stand, dass der Verein der Milchhändler beschlossen habe, dass der Liter Milch vom Montag, den 4. November, ab im Laden oder freiliegender Hause 22 Pf. koste. Bisher hatte er nur 20 Pf. geflossen. Von Mon-

ist in Konkurs geraten. Die Überschuldung soll circa 800 000 Ml. betragen. Hauptbeteiligt sind Spinnereien und Garngroßisten mit Summen von 30-90 000 Ml. Die finanzielle Lage des Unternehmens wird schon seit Jahren als nicht günstig angesehen. Im Vorjahr wurde der Betrieb noch bedeutend vergrößert. Die Firma beschäftigt 100 Arbeiter und lieferte vorzugsweise nach England.

Brandschäden. Im Spinnsaal der Aktiengesellschaft für Seidenindustrie in Mannheim-Nordau brach Feuer aus, wodurch ein Schaden von 800 000 Ml. verursacht wurde. Es liegt scheinbar Brandstiftung vor.

Die Aktien-Schlachsspinnerei Saint Leonor in Lüttich ist teilweise niedergebrannt. Der Schaden wird auf etwa 450 000 Franc geschätzt.

Die Verwaltung der Spinnerei Klauser, M. Gladbach, gibt bekannt, dass der bisherige Verlauf des Geschäftsjahrs ein recht zufriedenstellendes Resultat und eine dementsprechende Dividende erwarten lässt. Für 1908 könnten die Aussichten schon jetzt als mindestens gleich günstig bezeichnet werden. (Für 1906 wurde keine Dividende verteilt.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bank- und Geldkrise in Amerika, die Schuhmaßnahmen der deutschen Reichsbank und der Bank von England.

Wir erwähnen, dass legtmeal den Zusammenbruch der Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Sie bei einem Erholen nach den einleitenden Schüttungen oft eine trügerische Ruhepause eintritt; der alsdann die eigentliche verheerende Katastrophe erst folgt, so war es auch hier. Nach die schwere Panik über Wallstreet geholt wurde, dämpfte die ursprüngliche Erregung auffällig rasch; der Montag, der 21. Oktober, zeigte Wallstreet, die New Yorker Börse, schon wieder bei lebhafter

Clearinghaus = Abrechnungsstelle, Kommissionsbüro für die Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen der Banken untereinander.

tag, den 4. November ab, gab es in Berlin keine Milch mehr für 20 Pf. Und warum nicht? Nun, weil sich die Besitzer der Milch vorher vereinigt und beschlossen hatten, von dem genannten Tage ab alle den Preis zu erhöhen. Die Kästen der Milch waren wohl nicht sehr erbaut von diesem Preisaufschlag, aber alles Murren und Schimpfen half nichts, es musste der erhöhte Preis gezahlt werden, da niemand da war, der die Milch zu einem billigeren Preis angeboten hätte. Würden dagegen nur einige Milchhändler und nicht alle zu der Preiserhöhung geschritten sein, dann würde das laufende Publikum einfach zu jenen noch Milch gegangen sein, welche die Preiserhöhung nicht vorgenommen hätten, und die Folge davon wäre gewesen, dass den Milchhändlern, welche die Preiserhöhung vorgenommen, die Milch stehen geblieben und verdorben wären.

Dieses Beispiel zeigt uns in klarster Weise, was die Arbeiter tun müssen, um ihrer Ware, der Arbeitskraft, zu einem höheren Preise zu verhelfen. Der einzelne Arbeiter kann, wenn er einen höheren Preis für seine Arbeitskraft fordert, keinen Einfluss auf den Arbeitsmarkt ausüben. Er wird da gar nicht beachtet, namentlich, wenn sich noch andere Arbeiter da befinden, welche ihre Arbeitskraft billiger anbieten.

Wir haben oben an dem Beispiel der Preiserhöhung der Berliner Milchhändler gesehen, welcher Umstand es bewirkte, dass die Bevölkerung Berlins ohne weiteres den höheren Preis bezahlen musste. Es war die Zwangslage, welche die Vereinigung der Milchhändler geschaffen hatte, dadurch, dass sie den ganzen Milchmarkt von einem billigeren Milchangebot entblößte. Das wäre dem einzelnen Milchhändler nicht möglich gewesen, nur die Vereinigung der Milchhändler konnte diese Zwangslage schaffen.

Müssen nun die Textilarbeiter beim Verlaufe ihrer Arbeitskraft einen höheren Preis erzielen und wollen sie in die Lage versetzt sein, im Verlauf der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft gegenüber dem Kapitalisten ihre Interessen jederzeit wahrnehmen zu können, so müssen sie danach trachten, den Arbeitsmarkt beherrschen zu können. Dann müssen sie darauf hinarbeiten, dass sie für die Käufer der Ware Arbeitskraft die selbe Zwangslage schaffen, wie es die Berliner Milchhändler für ihre Ware getan haben. Die Textilarbeiter müssen sich vor allen Dingen im Verband deutscher Textilarbeiter vereinigen, und es bewirken, dass der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie bald ganz von dieser Organisation beherrscht und dafür gesorgt wird, dass durch Aufklärung der Arbeiter der Arbeitsmarkt immer mehr von den billigen Arbeitskräften entblößt wird. Der Verband deutscher Textilarbeiter versucht diesen Zweck. Er sucht immer mehr Arbeiter in sich aufzunehmen und sie dazu zu erziehen, in allen Fällen, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis bestreiten, gemeinsam zu handeln. Natürlich hat er das nicht so leicht, wie der Verein der Berliner Milchhändler. Dieser Verein braucht nur die Berufsgenossen der Stadt Berlin und der Umgegend zu organisieren, denn er hat nicht zu befürchten, dass aus anderen Orten Milchhändler kommen, um in den Markt mit billigerer Ware zu versorgen. Anders liegen die Dinge bei der Ware Arbeitskraft. Textilarbeiter und -Arbeiterinnen sind über ganz Deutschland verteilt und beschäftigt, und es wäre in diesem Falle, wo die Arbeiter des einen Kapitalisten diesen in eine Zwangslage bringen, d. h. den Arbeitsmarkt von billigeren Arbeitskräften entblößt wolle, um für ihre Arbeitskraft einen höheren Preis zu bekommen, dem Kapitalisten bei unserem heutigen Verkehrszusammenhang ein leichtes, aus einem entfernten Teile Deutschlands oder gar aus dem Auslande billiger Arbeitskräfte zu beziehen, wenn dort welche zu haben wären. Um dies zu verhindern, können sich die Textilarbeiter nicht nur in Vereinen organisieren, welche die Arbeiter einer Fabrik oder eines Ortes umfassen, sondern sie müssen einen Verein unterhalten, der die Textilarbeiter des ganzen Reiches zu umfassen sucht und der auch mit den Vereinen der Textilarbeiter des Auslandes in Verbindung tritt, um gegebenenfalls durch diese es zu verhindern, dass unsere Kapitalisten aus dem Auslande billiger Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt in Deutschland schleppen lassen. Gerade das letztere, die Überbewinnung des Arbeitsmarktes mit recht billigen Arbeitskräften aus dem Auslande ist ja ein sehr beliebtes Mittel unserer Kapitalisten, den Preis für die Ware Arbeitskraft herabzudrücken. Und der bürgerliche Klassenstaat tut sein möglichstes, um es zu verhindern, dass die als Lohnräder ins Land gelösten Arbeiter über den Mißbrauch der mit ihnen getrieben wird, aufgelistet werden können. So weit bekannt geworden ist, steht unter anderem fest, dass der Entwurf eines Reichsvereinigungsgesetzes, welches demnächst den Reichstag beschäftigen wird und der zum Zwecke hat, ein einheitliches Vereinigungsgesetz über ganz Deutschland zu schaffen, die Bestimmung enthält, dass in den öffentlichen Versammlungen nur deutsch gesprochen werden darf. Diese Bestimmung dient nur den Interessen der Kapitalisten. Denn dadurch, dass in den öffentlichen Versammlungen der ausländischen Arbeiter, wie Italiener, Polen, Tschechen usw., nicht in der Muttersprache der betreffenden Arbeiter gesprochen werden darf, macht man es unmöglich, jene Arbeiter aufzusuchen und sie zu solidarischem Handeln mit den einheimischen Arbeitern zu veranlassen.

Leider bereits der Dienstag brachte einen jähren Umschlag zum Schlimmsten. Über die Kniderboden Treuhandgesellschaft, die ursprünglich nur eine Vermögensverwaltungsstelle mit solidem Geschäftskreis gewesen war, die dann aber, mehr und mehr ausgetastet mit Debitorengeldern aller Art, die waghalsigsten Spekulationen und Finanzbeteiligungen, ganz nach amerikanischer Art, nicht verschmäht hatte, waren plötzlich bedeckt Gerüchte im Umlauf, wesentlich im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Geitz und ihre Verbündeten (Charles W. Morse, Orlando S. Thomas und Edward M. Thomas) seit langem einen bestimmten Einfluss auf die genannte Trustfirma und ihre Beteiligungspolitik ausgeübt hatten. Ein Sturm auf das Hauptbüro und einige Zweigstellen setzte am Vormittag ein. Kurz nach Mittag waren die Beamten des Unternehmens vollkommen erschöpft. Als die aufgeriegelten Massen von Männern und Frauen nicht von der Stelle wichen, musste die Polizei die Geschäftsräume und die Straße besetzen. Am nächsten und übernächsten Tage spielte sich ein ähnlicher Ansturm vor anderen Treuhandunternehmungen ab, die gleichfalls fast alle im Laufe der Zeit zu Depositen (Einlagen)-banken mit sehr risikanten Golddarlehen geworben sind. In erster Linie stand nunmehr die Trust Co. of America. Hier gelang es jedoch zunächst, die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, obwohl am 28. Oktober wohl an laufend Einlegern den Betrieb unmöglich, während nach der Rabelmeldung am nächsten Tage, die viele der abhebenden Depositenläufer zwei Häuser geweckt lang war. Der Schatzkammer machte, wie so oft schon in ähnlicher Bedrängnis, größere Mengen von Staatsanleihenabern aus dem Markt flüssig. Der Finanzionier Morgan laufte Massen entwerteter Effekten auf, was ihm sicherlich einst noch goldene Gewinne einbrachte, was aber augleich die verapfekte Lage der Börse und der Wahlen durch den Goldausfluss erleichterte. Denkt am 28. Oktober bot man Golddarlehen bis zu 90 Proz. die Bank von Montreal durfte sich rühmen, 200 000 Dollar zu 12% Proz. untergebracht zu haben, aber augleich mussten 50 Waller eine Erklärung erlassen, dass es ihnen unmöglich gewesen sei, zu welchem Satz auch immer Geld gegeben zu erhalten. Trotz aller dieser Schwundgefahr des Schatzamtes Morgans und der in aller Eile gebildeten Sanierungskomites segnete eine Reihe kleiner Banken das Reichthe oder ließt sie stellen, was tentativ des Oceans gezeigt ist, auf bestimmte Befreiungsböschungen ein — so die Comptoir und die Empire City Savings-Bank in New York; allein fand sich alle Sparkassen New Yorks dem Publikum an, dass sie Geldanlagen nur nach Ablauf einer Rüfungsfrist von 80 Tagen aufzuhalten beabsichtigten. Von New York sprang

Diese hier in Aussicht stehende gesetzliche Maßregel entpuppt sich daher auch als eins jener Mittel des Klassenstaates, mit denen die Arbeiter im Interesse der Kapitalisten, in denen die Arbeitnehmer niedergeschlagen werden sollen und welche dazu dienen, die Arbeiter zu hindern, sich den Ausbeutungsmägeln der Kapitalisten zu entziehen. Das darf uns indessen nicht hindern, mit volter Kraft zu arbeiten, um das hier gesteckte Ziel zu erreichen.

Zum nächsten Artikel mehr davon.

Die Sterblichkeit in der Stadt und auf dem Lande.

Von Dr. med. W. Hanauer, Frankfurt a. M.

Die Frage der Gesundheitsverhältnisse des platten Landes ist auf den hygienischen Kongressen der letzten Jahre mehrfach zur Behandlung gelangt. Vieles, sehr vieles hatten die Referenten da zu tabeln und beim Vergleich mit den städtischen Verhältnissen ist das Land sehr schlecht weggesommen, ja bei den innigen Verhältnissen, die zwischen Stadt und Land herrschen, werden die Gesundheitsverhältnisse des letzteren vielfach als Gefahr für die Stadtbewohner bezeichnet. Nicht genug damit, gehen einige Schriftsteller noch einen Schritt weiter und sie erklären die alte Ansicht, dass das Leben auf dem Lande gesund, das in der Stadt ungern sei, nicht mehr für aufrichtig, vielmehr seien die Kosten vollständig zwischen den beiden getauscht worden. Es wird dies einfaßt mit den Biffen der Statistik zu beweisen gefühlt. Man weist darauf hin, dass die Sterblichkeitsziffer auf dem Lande stationär bleibe, in den Städten dagegen ständig absteige, so dass das Land seinen ehemals enormen Vorsprung fast völlig eingebüßt habe. Betrachtet man die Sterbeziffern an und für sich, so sind diese in den Städten tatsächlich geringer als auf dem platten Lande. In Preußen war z. B. im Jahre 1894 die Sterbeziffer in den Städten 22,6, auf dem platten Lande dagegen 23,7, im Jahre 1900 betrug sie in den 14 württembergischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 21,78, im ganzen Lande dagegen 24,44. Daselbe ist auch für Bayern zutreffend. Es wäre aber ein fundamentaler Irrtum, wollte man aus diesen rohen Biffen zuungunsten des Landes Schlüsse ziehen; denn, wenn man irgendwie vorsichtig in der Handhabung der Statistik sein muss, so ist es im vorliegenden Falle am Platze. Denn die Sterblichkeit eines Ortes ist in erster Linie abhängig von der Alterszusammensetzung seiner Bewohner. Jeder Altersklasse kommt aber eine bestimmte Sterblichkeitsquote zu, diese ist am größten bei Kindern und Greisen, am geringsten natürlich bei den im jugendstarken Alter stehenden Individuen von 20-40 Jahren.

Es ist nun überraschend, wahrzunehmen, in welcher Weise der "Zug in die Stadt" die Sterblichkeitsziffer von Stadt und Land beeinflusst. Auf dem Lande werden mehr Kinder geboren als in der Stadt, entsprechend ist auch die Kindersterblichkeit eine hohe, die jungen Leute aber strömen legionenweise in die Stadt, um hier besseres Verdienst zu erlangen, es sind die lebensstarksten und gesündesten Elemente, die auf diese Weise dem Lande entzogen werden, sie werden als Regenbrot der städtischen Volksstadt bezeichnet, sie sind es, welche die städtische Sterblichkeitsziffer vermindern, aber auch die Biffen der Kriminalität darf erhöhen; später erfolgt wieder eine Rückwanderung der älteren Leute von der Stadt auf das Land, was u. a. bei den Invalidententrägern wahrgenommen kann, daher ist die Zahl der älteren Leute wiederum auf dem Lande größer als in der Stadt, und da diese natürlich eine erhöhte Sterblichkeit aufweisen, so gibt sich auch dieser Umstand wieder in einer erhöhten ländlichen Sterbeziffer zu erkennen. Berechnet man in Stadt und Land eine besondere Sterbeziffer für jede einzelne Altersklasse, so ergibt sich, dass diese fast überall in der Stadt höher ist als auf dem Lande. Wenn trotzdem die Gesamtsterbeziffer unter der städtischen Bevölkerung niedriger ist wie in der ländlichen, so ist dies eben nur durch das Ueberwiegen der kräftigen Mannesalter stehenden in der Stadt zu erklären, beweist demnach nicht das Geringste für die besseren Gesundheitsverhältnisse in den Städten gegenüber dem Lande.

Neben der Alterszusammensetzung der Bevölkerung werden die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in Stadt und Land aber auch noch von anderen Faktoren beeinflusst. Da ist zunächst, worauf Bleicher zuerst aufmerksam gemacht hat, ein gewisser territorialer Einfluss nicht zu verkennen, demnach folgende Legenden und Landstriche eine niedrige Sterblichkeit aufzuweisen, andere eine höhere, was Stadt und Land in gleicher Weise betrifft. Des Weiteren kommt in Betracht: die Art und Weise des Berufes, der Wohnung, Ernährung, die gesamten Lebensverhältnisse, namentlich im Hinblick auf Möglichkeit und Nüchternheit, endlich die Einwirkung von außen kommender infektiöser Agenten.

Von ungeheurer Wichtigkeit für die Sterblichkeit ist der Beruf. Es gibt gesunde und ungeheure Berufssachen, zu den gesündesten gehört aber die Landwirtschaft. Prof. Herkner berechnete neuerdings wieder für die Schweiz, dass die Angehörigen der Landwirtschaft die geringste Sterblichkeitsziffer aufzuweisen, gegenüber den Handwerkern und Industriearbeitern. Da aber der größte Teil

ist in Konkurs geraten. Die Überschuldung soll circa 800 000 Ml. betragen. Hauptbeteiligt sind Spinnereien und Garngroßisten mit Summen von 30-90 000 Ml. Die finanzielle Lage des Unternehmens wird schon seit Jahren als nicht günstig angesehen. Im Vorjahr wurde der Betrieb noch bedeutend vergrößert. Die Firma beschäftigt 100 Arbeiter und lieferte vorzugsweise nach England.

Die Aktien-Schlachsspinnerei Saint Leonor in Lüttich ist teilweise niedergebrannt. Der Schaden wird auf etwa 450 000 Franc geschätzt.

Die Verwaltung der Spinnerei Klauser, M. Gladbach, gibt bekannt, dass der bisherige Verlauf des Geschäftsjahrs ein recht zufriedenstellendes Resultat und eine dementsprechende Dividende erwarten lässt. Für 1908 könnten die Aussichten schon jetzt als mindestens gleich günstig bezeichnet werden. (Für 1906 wurde keine Dividende verteilt.)

Die Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Die Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Die Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Die Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Die Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Die Gruppe "7 America" die sich an Supperfriestereien verselbstigte und in ihrem Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchant National Bank mit verhinderte. Wir schlossen damit, dass man durch das Eingreifen des Clearinghauses und des Bundesbehörden einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

der auf dem Lande lebender Bevölkerung den landwirtschaftlichen Nutzen ausübt, so muss das auch an der Sterblichkeitsziffer zum Ausdruck gelangen. Momentlich wird die landwirtschaftliche Bevölkerung sehr wenig von der Tuberkulose betroffen, im Gegensatz zu den städtischen Industriearbeitern. Dieser Umstand ist wesentlich daran zu erläutern, dass die Berufsbücher der Landarbeiter im freien ausgenutzt wird. Auch die Wohnungsbauhütte hält auf dem Lande durchaus günstiger wie in der Stadt. Man wohnt auf dem Lande viel weiträumiger und, wenn es auch nicht auffallend ist, wie man früher angenommen hat, dass ein ausgesprochener Parallelismus besteht zwischen steigender Bevölkerungsgröße und Sterblichkeitsziffer, so ist doch leicht nachzuweisen, dass in denjenigen provinzialischen Distrikten die Sterblichkeit am grössten ist, wo die Bevölkerung am dichtesten wohnt. Nicht minder wie hinsichtlich des Wohnungsverhältnisses ist auch im Hinblick der Ernährung die ländliche Bevölkerung durchschnittlich besser gestellt als die grossstädtische Industriedenklerung. Man verzehrt dort zwar weniger Fleisch, dagegen spielen die nahrhaften Milch und die Milchprodukte sowie die pflanzlichen Nahrungsmittel eine Hauptrolle bei der Ernährung. Was aber dem Lande in hinsichtlicher Hinsicht den größten Vorteil gibt vor der Stadt, das ist die ruhige, mögige und ruhige Lebensweise der Bewohner, man lernt dort nicht die aufstrebende Hoffnung und Faschine, nicht die Vergnügungs- und Genussucht der Städter, nicht die Anstrengung der Arbeiter und nicht die Schädigungen der Vollgejährlinge durch den Alkohol und die Syphilis. Der ruhige und gleichmäßige Lebensweise auf dem Lande sowie dem viel selteneren Vorkommen der Krankheit ist es auch zuzuschreiben, dass Gesundheitsanzeichen bei den Landwohnern viel seltener zum Ausdruck kommen wie bei den Städtern.

Nur in einer Hinsicht sind die Städte dem Lande zweifellos überlegen, nämlich hinsichtlich der Sterblichkeit an gewissen ausgedehnten Krankheiten, am Typhus, Schorlach, Diphtherie und Kindbettfieber. Auf diesen Gebieten hat die städtische Hygiene wahre Siege errungen und, wenn die Sterblichkeit in den Städten ständig abfällt, so ist dies in erster Linie der Abnahme des Typhus und anderer Infektionskrankheiten zu zuschreiben. Hier ist tatsächlich das Land zurückgeblieben, namentlich hinsichtlich Vorkehrungen für eine rationelle Wasserversorgung und Abfallentsorgung. Den Beschafftheit läuft noch viel zu würdigem übrig, was teilweise an der Gleichgültigkeit der Landbevölkerung und der mangelnden hygienischen Aufklärung liegt, teilweise aber auch an der Armut der ländlichen Gegenden. Dass auf dem Lande viel mehr Menschen am Kindbettfieber und den Folgen der Entbindung sterben als in der Stadt, ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass in der Stadt die gerade in solchen Fällen so notwendige ärztliche Hilfe rascher zur Stelle ist wie auf dem Lande, ferner, dass das Hebammepersonal besser geschult und mehr an Reinlichkeit gewöhnt ist wie auf dem Lande. Interessant ist, dass daneben trotzdem mehr Totgeburten in der Stadt sich ereignen wie auf dem Lande, zweifellos eine Folge der grösseren Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Stadt. Ebenso erklärt sich leicht die grössere Kindersterblichkeit in den Städten infolge Magendarmstörungen durch die schlechteren Beschafftheiten der Ernährung, namentlich der Milch. Schlechtestes ist noch die Feststellung von Geh. R. Dr. Rahts in den Medizinalstat. Mitteilungen aus dem Kaiserl. Gesundheitsamt, dass in den Städten das Abserben der Leute von 60 und mehr Jahren durchweg schneller erfolgt und Altersschwäche seltener die Todesursache bildet wie auf dem Lande.

Konferenz der Plüscht- und Teppichweber Berlins und der Vororte.

Abgehalten in Bernau am 8. November 1907, vormittags 11 Uhr.

Die diesmal seitens der Gauleitung einberufene Konferenz war von 23 Vertretern der organisierten Textilarbeiterchaft besucht. — Zur Begrüßung der Delegierten trug eine Abteilung des Bernauer Arbeitergesangsvereins „Freiheit“ eine stimmgrossvolle, mit reichem Beifall aufgenommenes Lied vor. — Mit der Leitung der Verhandlungen wurden die Kollegen Beist-Bernau, Hannemann-Zinna und Kreuer-Berlin betraut. Einem Vorbrüche des Gauleiters entsprechend kommen die hauptsächlichsten Beratungsgespräche in folgender Reihenfolge zur Gliederung: 1. Beratung und Beschlussfassung über das seitens der Vertrauensleute der Berliner Betriebe ausgearbeitete Arbeitsnachweis-Regulativ; 2. Vorlage des von den Plüscht- und Teppichwebern zwecks Agitation in der Haushaltswirtschaft aufgestellten Fragebogens; 3. Allgemeine Fragen: Agitation und Organisation. — Nachdem Kollege Koblé den Versammelten die Bedeutung eines geregelten Arbeitsnachweises in einer überaus anschaulichen Weise dargelegt hatte, berichtete Kollege Kreuer-Berlin im Auftrage der Kommission über deren Arbeitsergebnisse und legte zum Schlusse seiner Ausführungen das ausgearbeitete Regulativ vor. In der nunmehr folgenden General- und Spezialdiskussion wurden die einzelnen Bestimmungen des Regulativs eingehend und genauen Prüfung unterzogen. Die anfänglich stark divergierenden Anschauchungen der verschiedenen Redner, die zum Teil auf praktischen Erfahrungen beruhten, lösten sich nach den erklärten Darlegungen der Kommission schließlich in eine allgemeine Vereinstimmung auf, so dass das Regulativ nach Einführung einiger Ergänzungen und Verbesserungen einmütig Zustimmung fand. Nach einer Verbißfestigung desselben wird es den in Betracht kommenden Konferenzteilnehmern zugestellt werden, die dann ihre eventuellen besonderen Wünsche dem ausführenden Vorstand noch vor der Drucklegung unterbreiten sollen. Jedes Mitglied erhält ein folches Regulativ zum Einkleben ins Mitgliedsbuch. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierten die Kollegen Schulde-Kummelsburg und Koblé — ersterer in der Haupthalle über die Entstehung und den Inhalt des oben erwähnten Fragebogens, der auch im Anschluss an die Ausführungen zur Verleihung gelangte, letzterer über die allgemeinen Gesichtspunkte bei der zu entfaltenden Agitation, wobei Koblé namentlich hervorhebt, dass die Fragebogen nicht einfach auszufüllen oder hinzutragen seien, um nach mehreren Tagen oder Wochen wieder eingesammelt zu werden, sondern dass die Agitationsergebnisse mit den zu befragenden Kleinindustriellen Nede und Antwort pflegen müssen: die persönliche Führung sei die Haupthalle, um ein gegenseitiges Verständnis zu werden und den Motivationen der plüschtigen Unternehmer ein Paroli zu bieten, und wenn auch der eine oder andere unserer Freunde, der das hohe Ziel der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und Bruderliebe in die Hütten der Arbeiter der Armen zu tragen bestreift sei, einmal im misverstandenen Interesse, aus Unverständnis oder Willigkeit „angehaut“ werden sollte, so würde ihm das Wohlsein trösten, dass die für Kleinindustrie gewiss ungemeine Arbeit im Interesse der Kultur unbedingt notwendig sei, um der Öffentlichkeit einmal zu zeigen, wie es „im Lande der Arbeit“ geht. — Der 3. Punkt der Tagesordnung, der „wichtigste und wichtigste Sozialpolitik“ beim Proletariate in Wirklichkeit aussieht. — Die Ausführungen der beiden Redner fanden allseitige, rücksichtlose Zustimmung. Der betr. Fragebogen wird einer redaktionellen Durchsicht unterzogen und dann seiner Bestimmung entgegengeführt werden. — Unter Punkt 3 legte Kollege Beist-Bernau den Bericht vor, dass ihm auf eine Anfrage, betreffend die vielfamtrittene Invalidenversicherungshilfe der dem Haushalt bei seinem Proterzthal beseitigten Chancen zugegangen ist. In der Aussprache darüber wird namentlich seitens der Bernauer Kollegen darauf hingewiesen, dass entgegen der jetzigen behördlichen Auffassung die Versicherungscontrollen früher ausdrücklich verlangten, dass jeder in der Haushaltswirtschaft tägliche Invalidenmarken leben müsse und dass die bis dato nicht Versicherten daraus für die bereits verflossene Zeit sogar nach-

zu leben veranlaßt wurden, und diese nunmehr samt den übrigen sans facias ihrer Rechte verlustig gehen. Von allen Rednern wird anerkannt, dass hier ein arges Unrecht geschehen ist, gegen welches mit aller Energie Stellung genommen werden muss. Der Gauleiter und der Vorsteher der Kästle Berlin werden beauftragt, sowohl bei den in Frage kommenden Fabrikanten als auch bei der Landesversicherungskommission darüber zu wirken, dass durch eine Regelung im Sinne des Gesetzes resp. der jetzt maßgebenden Anordnung, d. h. durch getrennt geführte Arbeits- und Lieferungslisten die Ansprüche der ausdrücklich zum Beitragzahlungen veranlaßten Frauen und sonstigen Hälftenpersonen gewahrt bleiben. — Es werden dann noch eine Anzahl Direktiven hinsichtlich der zukünftigen Agitationsarbeit gegeben. — Die nächste Teppich- und Plüscht- und Teppichkonferenz wird, falls nicht unvorherzusehende Umstände eine frühere Abhaltung erforderlich machen, spätestens innerhalb eines halben Jahres vom Gauleiter nach Binnia einberufen werden. — Anschließend an die Konferenz soll eine allgemeine Textilarbeiterverbandssitzung statt, in der der Gauleiter Kollege Franz Koblé vor einer zahlreichen Besucherschar einen festlichen, von starkem Applaus begleiteten Vortrag über die gegenwärtige Situation hält. — Schluss 7 Uhr.

Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen 652 874 Renten weggefallen, so dass am 1. Oktober 1907 noch 836 580 Renten bestanden, gegen 826 911 Renten am 1. Juli 1907. Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 456 723. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen 388 028 Renten weggefallen, so dass am 1. Oktober 1907 118 695 Renten liegen, gegen 120 427 Renten am 1. Juli 1907. Invalidenrenten (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 75 458 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so dass am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liegen, gegen 21 827 am 1. Juli 1907. Beitragsentlastungen sind bis zum 30. September 1907 bewilligt: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 1 619 086 (gegen 1 584 616), b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 4799 (gegen 4685), c) an die hinterbliebenen von Versicherten 365 844 (gegen 347 047), also zusammen 1 979 671 (gegen 1 938 248) bis zum 30. Juni 1907.

Seit 38 Jahren dasselbe Gehalt erhält nebst freier Wohnung ein bairischer Gärtner, der Vater von 8 Kindern ist. Der Mann ist seit 1869 im Dienst und erhält monatlich 70 Mk. nebst freier Wohnung. Dieses Gehalt wird schon seit 1869 gezahlt, keinen Pfennig Bulle, im Gegenteil, ein erheblicher Teil der Nebeneinkünfte ist sogar noch weggefallen. Name und Ort wurde auf besonderen Wunsch des Betreffenden nicht genannt. Ob der Herr Graf oder Baron auch noch dieselben Einkünfte wie 1869 bezog? Deutlicher kann sich die Kulturschädlichkeit des Wohnungs- zwanges nicht zeigen.

Gewerbegerichtswahl. Nach der amtlichen Auszählung wurden bei der Gewerbegerichtswahl für den Industriebezirk M. Gladbach folgende Arbeitnehmerbevölkerung von der Liste der freien Gewerbegeichten: 1. Wilhelm Meyer, 2. Jos. Michael, 3. August Wald. Die Christlichen erhielten acht Vertreter. Die freien Gewerkschaften haben also drei Kandidaten durchgebracht und ist somit endlich einmal in die bisherige Domäne der „Christen“ eine Bresche gelegt worden.

Gerichtliches.

Die grosse Aussperrung der Landeshuter Textilarbeiter wurde durch eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Giersberg, vor welcher sich eine „Streifündin“ wegen Vergehen gegen § 188 der Gewerbeordnung zu verantworten hatte, in Erinnerung gebracht. Es dürfte allen Textilarbeitern noch zur Genüge erinnerlich sein, dass am 18. Juli d. J. die Landeshuter Textilarbeiter in grenzenloser Unmuth ihre Fabrik schlossen und Tausende von fleißigen und eifigen Arbeitern auf das Strafenplaster setzten. Das war an einem Sonnabend. In der Nacht zum Sonntag ging ein furchtbares Unwetter über das Gebirge nieder, und als im Morgengrauen des 14. Juli die Bewohner von Landeshut den kommenden Sonntag begrüßten, brausten die empöierten Ichmigelsen Glüten des Bober über Ufer und Dämme hinweg, um namenloses Elend über die Niedrigungen zu verbreiten. Von diesen wurde dies damals als ein Strafgericht des Himmels ob des freudhaften Übermuts der Fabrikanten bezeichnet. Von den Fabriken, welche damals unter dem Hochwasser zu leiden hatten, stand in vorübergehender Reihe die der Firma Methner u. Frahne gehörige mechanische Weberei mit Bleiche. Brausend ergossen sich die Glüten in die Fabrik, alles niederrasehend und zerstörend, was sie erreichen konnten. Da war Holland in Not. Die Arbeiter, als die einzigen, welche hier helfend und rettend eingreifen konnten, hatte man tags zuvor hinausgeworfen, und Herr Dr. Frahne musste sich trocken und ohne Güte anziehen. Und er traf nicht vergeblich: die Arbeiter, in ihrer grenzenlosen, alles verzeihenden Guttmüthe, ver sagten angesichts der Not ihre Güte nicht und suchten zu retten, was zu retten war. Goldene Berge versprach man ihnen, und ein Trinkgeld gab man ihnen nachher. Dies letztere traf auch auf die anderen Fabriken zu. Nach dem Verlaufen des Hochwassers blieben die Arbeiter, welche während des Hochwassers helfend eingesprungen waren, im Betriebe, um denselben so viel als möglich wieder in Stand zu setzen oder die „Dredarbeit“ zu verrichten, wie sich ein Zeuge vor Gericht ausdrückte. Diese Arbeitwilligen wurden von den Ausgesperrten allgemein als Streitbrecher betrachtet und auch als solche behandelt. Unter den Streitposten, welche die Ausgesperrten vor den Fabriken ausstellten und welche auch vor der Fabrik der Firma Methner u. Frahne standen, befand sich auch Frau Ida B., die der Anklage aufs einmal einem Arbeitwilligen das Wort „Streitbrecher“ augerufen haben soll. Ferner soll sie, als sie mit ihrem Mann einmal zufällig denselben Arbeitwilligen begegnete, zu ihrem Mann gefragt haben: „Hast Du schon Streitbrecher gesehen?“ In der ersten Verhandlung vor dem Landeshuter Strafgericht nahm dieses in den beiden Neuerungen ein Vergehen gegen § 188 der Gewerbeordnung und verurteilte die Angeklagte zu drei Tagen Gefängnis. Angeklagte wie Amtsanwalt legten Berufung ein, leichter wegen zu niedrigem Strafmah, und so kam die Angeklagte vor die Strafkammer in Giersberg. Der Staatsanwalt selbst beantragte heute seine Entschuldigung, da nicht erwiesen sei, dass die Angeklagte mit ihren Neuerungen befreit, den Arbeitwilligen zu zwingen, an einer Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. In der Bezeichnung Streitbrecher liege unabweisbar eine Beleidigung, da der Beklagte oder seinen Strafantrag gestellt habe, so töne deshalb keine Bestrafung eintreten. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf Entschuldigung. — Rechtsanwalt Kell-Schweinrich, welcher die Verteidigung übernommen hatte, sowie die Anfertigung sämtlicher sich auf den Prozeß beziehender Schriften wurde der Angeklagten als Rechtfertigung vom deutschen Textilarbeiterverband gewährt.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Der Streik soll in der Teppichfabrik von Schwedt in Berlin ist zugunsten der Arbeiter beendet.

Die Lohnbewegung der Seidenweber und Weberinnen der Firma F. Maier in Badisch-Rheinfelden ist mit einem Teilerfolge für die Arbeiter beendet worden. (Siehe auch „Berichte aus Sachsen.“)

Die Firma M. Steinberg, Buntweberei in M. Gladbach, machte durch Anschlag bekannt, dass in Zukunft die Vergütung für Warten auf Ketten und Material ausfälle. In dem Betriebe, wo die Ketten nicht die besten sind, hatte man aber doch die Rechnung ohne die Weberei gemacht. Bei Fabrikversammlungen, wo zu der Ankündigung der Vergütung bei Warten auf Ketten von

länger als einem Tage wird wie folgt bewirkt: Der Weber erhält für die Arbeitsstunden, die er länger als fünf Stunden waret, pro Stunde auf den Stuhl der letzten drei Wochen ausgezahlt, im Höchstfalle aber bei einem Jacquardstuhl, das heißt wenn er Jacquarddecken webt, 22 Pf. beim Weben von Angoradecken 20 Pf. für andere Artikel, wie Mantel und Über, 18 Pf.

Durch diese Regelung haben die Weber eine geplante Maßnahme abgewehrt, die ihnen einen grösseren Vohnausfall bereitet hätte.

Die Gold- und Silbermanufakturarbeiter der Firma Kästle R. A. in Wehrdenburg i. Bayern streiken infolge Lohnstreitigkeiten.

Ausland.

Oesterreich. In der Baumwollspinnerei und Weberei von Adolf Schwab in Hammerstein bei Reichenberg i. Böhmen ist wegen Lohndifferenzen ein Streik ausgebrochen. — Zur Handelsbewegung in Rumänien ist zu melden, dass in einer leicht abgehaltenen Versammlung ein Antrag angenommen wurde, die zehnprozentige Lohnforderung solange hinzustellen, bis die gleichfalls geforderte Lohnregulierung verwirklicht sei. — Der Streit bei der Firma Jos. Mühl in Wien währt fort.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Deutsches Reich.

Der Boykott über die Firma A. Jandorf in Berlin dürfte bei Erscheinen dieses Blattes aufgehoben sein. Es sind zwischen den streitenden Parteien Vereinbarungen getroffen worden, die die Aufhebung des Boykotts als angemessen erscheinen lassen.

Seit dem 2. Oktober d. J. sind die Arbeiter der Firma Friedrich Degen R. A., Inhaber Stegemann Söhne, Brannwein-Brennerei in Nordhausen, ausgesperrt. Alle Versuche, die Sache beizulegen, scheiterten an der Hartnägigkeit der Brennereigewaltigen. Ein Einigungsversuch, den das dortige Gewerkschaftsrat unternahm, führte gleichfalls zu keinem Resultat.

Am 15. November wurden nun die neuen Preislisten für den Nordhäuser Brannwein von den Brennern herausgegeben. Die Vertreter der Firma schwärmen aus, um Abnehmer zu Abschlüssen zu bewegen. Hier wurde es seit sein, der Firma Friedrich Degen R. A., Inh. Stegemann Söhne zu beweisen, dass die Solidarität der Arbeiter kein leerer Wahn ist.

Ausland.

Oesterreich. 500 Bergarbeiter streiken in Dierdorf im Außland. Der Textilarbeiterverband „Jednost“ hat in der Baumwollfabrik der Aktiengesellschaft L. Geiger die Arbeitersöhne normiert und bemüht sich, dass diese Norm auch in anderen Baumwollfabriken eingeführt werde. Als Antwort auf dieses Eingehen der „Jednost“ traf von der Aktiengesellschaft L. R. Poznanaski aus Berlin folgendes Schreiben ein: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 24. d. W. beehren wir uns, Ihnen mitzutun, dass der Bergarbeiterverband sich mit der Normierung der Arbeitersöhne beschäftigt, es stellt sich jedoch heraus, dass diese Arbeit sehr viel Zeit und statistisches Material erfordert. Nach Beendigung der Arbeit wird der Bergarbeiterverband einen Beschluss fassen, nach dem wir uns richten werden.“

Hochachtungsvoll.

Akt.-Ges. der Baumwollmanufaktur J. R. Poznanaski. Eine ähnliche Antwort erhielt „Jednost“ von der Verwaltung der Akt.-Ges. R. Grohmann. Andere Fabriken haben bis jetzt noch nicht geantwortet.

England. Zur Erörterung der Gingabe der Baumwollspinnereiarbeiter in Oldham, betreffend die geforderten Wohnzähungen für Feinspinner, fand in Manchester eine Versammlung des Hauptausschusses der Baumwollspinnerei-Arbeitsgebervereinigung statt, in welcher beschlossen wurde, den Arbeitnehmern eine abzuhaltende Zusammenkunft der Vertreter beider Parteien vorzuschlagen, um gemeinsam über die Wohnfrage zu beraten.

Grubenarbeiterausstand in Australien. Da die Bergarbeiter im Norden New South Wales die Wiederanstellung entlassener Arbeiter verweigerten, führten die Vereinigten Gewerkschaften Verhandlungen, nach denen ein Massenausstand wahrscheinlich ist. 14 000 Männer und 120 Millionen Mark Kapital werden dadurch betroffen.

Soziales.

Inhalben- und Altersrente. Die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis 30. September 1907 von den 81 Versicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Rentenversicherungen bewilligten Invalidenrenten liegt 1 489 454. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen 652 874 Renten weggefallen, so dass am 1. Oktober 1907 noch 836 580 Renten bestanden, gegen 826 911 Renten am 1. Juli 1907. Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 456 723. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 388 028 Renten weggefallen, so dass am 1. Oktober 1907 118 695 Renten liegen, gegen 120 427 Renten am 1. Juli 1907. Invalidenrenten (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 75 458 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so dass am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liegen, gegen 21 827 am 1. Juli 1907. Beitragsentlastungen sind bis zum 30. September 1907 bewilligt:

a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 1 619 086 (gegen 1 584 616), b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 4799 (gegen 4685), c) an die hinterbliebenen von Versicherten 365 844 (gegen 347 047), also zusammen 1 979 671 (gegen 1 938 248) bis zum 30. Juni 1907.

Wir hätten dann ein Welt-Seidenmonopol bekommen, welches, in den Händen einer kleinen Anzahl Kapitalisten liegend, den Seidenverbrauchern der ganzen Welt die Preise diktiert hätte. Dieser fühne Mauburgplan auf die Taschen der Konsumanten ist aber vorläufig wohl als gescheitert zu betrachten. Wir sagen: nur vorläufig; denn daß es schließlich zu einem solchen Privatmonopol kommen wird, daran ist gar nicht zu zweifeln. Nur sind die Verhältnisse heute noch nicht reif dafür. Es gibt noch große, rauhmeidliche französische Firmen, welche glauben unter dem heutigen System des freien Wettbewerbs noch weit besser zu fahren, wie unter dem Monopolsystem. Dieser fehlgeschlagenen Monopolisierungsversuch hat denn auch nicht im geringsten veranlaßt, eine Abschwächung der Konzentrationsbestrebungen im Seidengewerbe herbeizuführen. Die Seidenstofffabrikanten und -Großhändler, ferner die Seidenfärberarbeiten nach wie vor daran, ihre Interessenvereinigungen immer mehr zu vervollkommen. Namentlich die Seidenfärbereien haben schon einen großen Fortschritt auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Sie haben sich jetzt zu einem internationalen Verband der Seidenfärbereien zusammengeschlossen und sind auch hinsichtlich der Preise zu Vereinbarungen gekommen. Es sollen Mindestpreise und gemeinsame Preisaufschläge festgesetzt werden. Auch damit ist wieder ein Moment der Vereinigung der fertigen Ware gegeben, und es dürfte das vielleicht auch für die Seidenstofffabrikanten wieder Anregung geben, ihrerseits zu Preisfestlegungen zu kommen, wie die Samtfabrikanten sie schon seit Jahren durchführten. Wie wir weiter lesen, betrachten freilich die Seidenfärbereiunternehmer diese internationale Vereinigung als das Mittel zur „Gefundung“ ihrer Lage und geben den Seidenstoff- und Samtfärbereien, denen die Preiserhöhung nicht passen sollte, unverblümmt zu verstehen, es ebenso zu machen wie sic, d. h. in einer Vereinigung der Samt- und Seidenstoffhersteller der ganzen Welt, auf irgendeiner Grundlage ein internationales Gegengewicht zu dieser Farbpreiserhöhung zu schaffen. Wir sehen also, daß hier immer ein Heil den anderen freibt und auch das Welt-Seidenkartell gar bald eine der Vollendung nahegebrachte Katastrophe sein wird.

Die deutsche Luchkonvention scheint nun doch das Licht der Welt erbliden zu sollen, nachdem ihre Geburt schon seit langem angezeigt worden ist. Auf dem am 26. Oktober 1907 in Berlin stattgefundenen Delegiertentag machte der Vorsitzende des Vereins deutscher Textil- und Wollwarenfabrikanten, Herr Eduard Mayer in Aachen, die Mitteilung, daß über drei Viertel der im Betracht kommenden deutschen Luchfabrikationsfirmen zum Beitritt der Konvention sich bereit erklärt haben. Die Versammlung beauftragte einstimmig den Ausschuß, die weiteren Maßnahmen zum endgültigen Abschluß der deutschen Luchkonvention nunmehr herbeizuführen.

Konvention der Textilfabrikanten Deutschlands. Die Textilfabrikanten Deutschlands haben sich, dem Vorblide ihrer Lieferanten folgend, in der letzten Woche zu einem Verbande zusammenge schlossen, dessen Ziel auf die Einführung einheitlicher Zahlungsbestimmungen gerichtet ist. Gegen 80 Firmen, darunter alle bedeutenderen in ganz Deutschland, haben bereits ihren Beitritt erklärt. Der Sitz des Verbandes ist Stuttgart; Geschäftsführer ist der Königliche Notar H. Heimberger, Stuttgart.

Aus Handel und Industrie.

Die Baumwollrente und die Krise in Ägypten. Die gegenwärtige Baumwollrente scheint eine ganz ausgezeichnete zu werden. Diese wird von englischer Seite auf circa 80 000 000 Pfld. Sterl. kalkuliert. (Ein Pfld. Sterl. = 20 M.) Ein derartiges Resultat wird, wenn nichts anderes ausländisches Kapital ins Land bringen und weitere Gelbvergrößerung beseitigen. Um die Wirkung der ausgezeichneten Ernte jedoch entsprechend zu gestalten, ist eine sofortige Intervention der ägyptischen Regierung notwendig, denn die Kaufleute Alexandriens sind in diesem Jahre nicht in der Lage — wie früher — den Pflanzern Vorschüsse zu gewähren. Die Pflanzer ihrerseits haben diese Vorschüsse absolut notwendig, um bei Bank die Lizenzen und Binsen zu bezahlen, denn bevor diese nicht geregelt sind, ist es den Pflanzern verboten, ihre Baumwolle in den Handel zu bringen.

Man ist daher in Erwartung, daß die Regierung der National-Bank die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, um den Pflanzern diese Vorschüsse gewähren zu können; die ägyptische Regierung, die exzangene Sicherstellungen geben kann, würde in Europa mit Leichtigkeit Geld finden.

Jedes Jahr werden zur Zeit der Baumwollrente circa 7 000 000 Pfld. Sterl. in Gold in Ägypten importiert, wovon dann die Hälfte wieder zurückgeht.

Von den Pflanzern werden außer dem Gold nur die Banknoten der National-Bank Ägyptens in Zahlung genommen und wird demzufolge vorgeschlagen, daß der National-Bank während der sechs auf die Ernte folgenden Monaten ein größeres Limit in der Ausstellung des Papiergebotes eingeräumt werde. Es würde hierdurch die Goldausfuhr, welche, wenn auch nur transitorisch, die Bank in England schwächt, vermieden werden.

Aussichten der diesjährigen indischen Juteernte. Die Aussichten auf einen vorzüglichen Ertrag der diesjährigen Juteernte, welche vor einem Monat allgemein bestanden, scheinen allmählich — wenigstens was die Qualität betrifft — zu verschwinden.

In maßgebenden Kreisen verlautet, daß die Ernte infolge mangelhaften Regens in Nordbengalen und infolge niedrigen Wasserstandes der Flüsse Ostbengalens bereits stark gelitten hat und noch weiter leidet wird, da allgemein zu wenig Wasser zum Eintragen der Pflanze vorhanden sein soll.

Die Pflanzen sollen ferner in begug auf Wachstum hinter dem Durchschnitt vergangener Jahre weit zurückstehen, d. h. kurz und dünn im Stamme sein. Die Qualität der bisher an den Markt gebrachten Jute bestätigt dies vollkommen. Über wenn selbst jetzt noch die Witterung günstiger werden würde, berichtet man, daß es zu spät sei, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen; denn Wasser muß jetzt nichts mehr, da das Wachstum der Pflanze vorüber sei.

Zudem kommt noch die Nachricht von einem Streit der Jutearbeiter in Serajunge, einem wichtigen Jutebstadt in Ostbengalen, wegen erhöhter Lohnforderung, welche sich auf die allgemein erhöhten Preise für Nahrungsmittel stützt. Diese Bewegung dürfte jedoch von nicht zu großer Bedeutung angesichts der Preisverhältnisse der Jute sein. Denn wie kürzlich mitgeteilt wurde, soll der Kostenanteil eines Maunds (82 Pfld. engl.) marktfähiger, guter, trockener Jute sich auf 8,8 Rs. (1 Rupie = 1,92 M.) stellen. Dieser Zahl steht der Preis von 10 Rs. gegenüber, welcher im vergangenen Jahr durchschnittlich für das Maund (zugehörig Wasser) kommt die Jute bestimmt statt beschwert wurde, erzielt wurde. Der Arbeitgeber könnte also leicht selbst einen Lohnaufschlag von 60 Pfld. ertragen, ohne daß er dies allzu leicht fühlen würde, zumal, wenn man berücksichtigt, daß der Durchschnittslohn in dem fraglichen Distrikte 6 (höchstens 8) Annas (1 Anna = 12 Pfld. pro Tag und pro Mann) ertragen dürfte. Wieloch soll daher auch schon eine Lohnsteigerung befürchtet werden sein.

Wielochs Einfluß die im vorhergehenden erwähnten Umstände in dieser Saison auf den Markt ausüben werden, läßt sich noch nicht sagen. Lebensfalls aber war bereits gegen Ende der letzten Woche im Salzgutfächer Markt eine leichte Tendenz zu bemerken. Die Lage dürfte seitdem der heimischen Käufer eine äußerst aufmerksame Beachtung verdienten.

(Zeitung für die gesamte Textilindustrie.)

Weltwirtschaftliches Handel im Jahre 1906. Die deutsche Einfuhr aus Italien betrug im Spezialhandel des Jahres 1906 einschließlich der Edelmetalle 248,8 Millionen Mark gegen 215,9 Millionen Mark im Vorjahr; die Ausfuhr 236,6 gegen 175,4 Millionen Mark. Die Regierung bestätigt für die Einfuhr 15,2, für die Ausfuhr 24,9 a. G. Aus Italien kommen hauptsächlich Seide, die fast die

Hälfte der Einfuhr ausmacht. Hanf, Südfrüchte und andere hochwertige Erzeugnisse des Landbaues, Marmor, Eisen, Bruchgold, Bruchsilber, Schwefel, Asphalt auf dem deutschen Markt, während die Ausfuhr nach Italien besonders Erzeugnisse der Metall-, Textil-, chemischen und Veterinärindustrie verzeichnet. Ungefährbare Rohseide hatte einen Wert von 106,2 Millionen, Hanf einen solchen von 11, Mandeln einen solchen von 10,1 Millionen, Apfelsinen, Zitronen usw. einen Wert von 7,7 Millionen, während Marmor, roh, 6,3 Millionen, Eisen 6,1 Millionen Mark erreichten. Die hauptsächlichsten deutschen Ausfuhrwaren, Maschinen und Lokomotiven, Lokomotiven sind mit 29,6 und 12,7 Millionen Mark in der Ausfuhr nach Italien vertreten, ferner Leder mit 12,8 Millionen, wollene Tuch und Beigaben mit 9,8 Millionen, Edelmetallwaren mit 8,9 Millionen, Teerfarbstoffe mit 8,8 Millionen, gesformtes Stabeisen mit 7,2 Millionen, Eisenbahnsäulen, Radreifen usw. mit 5,7 Millionen, Gold mit 5, Samtzug mit 4,8, Steinkohlen mit 4,2 Millionen, Bruchstein mit 4,1 Millionen Mark. Die Einfuhr im Spezialhandel hat gegen 1897 um 88 b. G. im Gesamt- eignehandlung noch mehr zugenommen. Die Ausfuhr hat sich gleichzeitig bei fast regelmäßiger Unregelmäßigkeit verbreitacht. 1906 hat besonders die Rohseidenimporte eine Steigerung erfahren (+ 16,9 Millionen). Einen Mehrausfuhrwert hatten namentlich Maschinen (+ 12,6 Millionen), Lokomotiven, Lokomotiven (+ 11), Stabeisen (+ 4,0). In der italienischen Einfuhr nahm 1906/07 Deutschland die zweite Stelle ein, Großbritannien mit seinen 45 b. G. ausmachenden Kohlen die erste.

Patent-Bericht.

Mitgeteilt vom Patentanwalt Ingénieur W. Kornfeld, Wien, VII., Karl Schweighofergasse 9. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentansprüche kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltbüro möglichst berechnet.

Oesterreich.

Ausgelegt am 1. November 1907, Einspruchsfrist bis 1. Januar 1908.

Nr. 76c. Dina Jean Louis Eugène, Webereibediensteter in La Tour du Pin (Frankreich). — Vorrichtung zum selbsttätigen Fadenspannungsausgleich für Vorbereitungsmaschinen der Weberei: Ein mit einem Fadenführer ausgeführter Hebel ist mit einem Exzenter verbunden, welcher mit einer Feder derart in Verbindung steht, daß beim Ausschwingen des Fadenführershebels bei steigender Fadenspannung durch die Verlegung des Angriffspunktes der Feder von dieser ein geringerer Widerstand entgegengesetzt wird.

Ungarn.

Ausgelegt am 10. August 1907, Einspruchsfrist bereits abgelaufen. Nr. 591. — Wilhelm Bill, Kaufmann in Wien. — Kettenfadenwächter für Webstühle.

Nr. 1910. — James Rostrom, Werkleiter und Thomas Worman, Ingenieur in Manchester. — Vorrichtung zum Einführen von Schäften in den Schuhosten von Webstühlen.

Nr. 858. — Roger Francois Vallet, Landwirt in Ville. — Einrichtung zum Brechen von Flachs und Hanf und anderen Leguminosen.

Deutsch Reich.

Ausgelegt am 24. Oktober 1907, Einspruchsfrist bis 24. Dezember 1907.

Nr. 76c. Maschinenfabrik Martinot u. Galland, Alt.-Ges., Bischofswieser-Öhann. — Fadenschüher für Ringspinn- und Ringabwicklmaschine. Zusatz zum Patent 188 382.

Nr. 78c. Schweinem u. Güters, M. Gladbach. — Fadenführer und Spanner für Legilmaschinen, insbesondere für Zwirnmassen.

Vermischtes.

Aufreizung zum Klassenhaf, auf welches Delikt Gefängnis steht, erhebt die „Arbeitgeberzeitung“ in einem Frage- und Antwortspiel, das durch mehrere Gewerkschaftsblätter ging, in dem das Kapital als allmächtige Weltreligion bezeichnet worden war und die Kapitalisten, Kaufleute, Industriellen, Großgrundbesitzer und Rentiers als ausgewählte Mitglieder dieser Religion. Es wird dann darin noch dargelegt, daß das Kapital den Arbeiter zu schlecht belohnt und das als Unrecht bezeichnet. Die „Arbeitgeberzeitung“ meint: „Wenn das nicht Aufreizung zum Klassenhaf ist, was ist es dann? Eine stumpfe Gerechtigkeit, die solche systematisch betriebene Polizeivergeltung ungeahndet läßt!“ Wir fragen: Ist das nicht Aufreizung der Gerichtsbarkeit gegen das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft? Ist denn jede Stütze der auch von der Arbeitgeberzeitung“ nicht gelegneten sozialen Misshandlung Aufreizung zum Klassenhaf? Nach der „Arbeitgeberzeitung“ ist es so. Dann wäre es hohe Zeit, den Klassenhafparagraphen aus dem Strafgesetzbuch auszuschalten oder ihm mindestens eine für die Arbeiter weniger gefährliche Fassung zu geben. Wir haben bisher immer unter „Aufreizung zum Klassenhaf“ eine Handlung verstanden, die geeignet ist, Klasse gegen Klasse zu gewalttätigem Kampfe aufzurütteln. Uebrigens, wenn es schon strafbar sein soll, sich die wirtschaftlichen Misshandlungen zu bewußtsein zu bringen und damit zu dem Entschluß zu kommen, diese Misshandlungen mit erlaubten Mitteln aufzuheben, dann reizt sie gerade diejenigen zum Klassenhaf auf, welche das verhindern wollen. Denn notwendigerweise muß das den Hass der Arbeiterklasse gegen die Besitzenden weden; die „Arbeitgeberzeitung“ müßte dann als eine der ersten dem Klassenhafparagraphen zum Opfer fallen. Wir würden es ihr auch von Herzen gönnen. — Vielleicht sieht sie das auch wieder als Aufreizung zum Klassenhaf an, eine Art, die wir ihr auch gönnen würden.

Das metrische Maßsystem ist in Dänemark eingeführt worden.

Das Resultat der Berufszählung. Das vorläufige Ergebnis der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 in Preußen wird von der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ mitgeteilt. Zum Vergleich sind die Ziffern der Volkszählung von 1905 daneben gesetzt. Es wurden gezählt:

Haushaltungen	8 209 414	(8 094 406)
männliche Personen	18 778 150	(18 898 903)
weibliche Personen	19 204 510	(18 894 421)
zusammen	39 982 660	(37 293 824)

Im landwirtschaftlichen Betrieben wurden gezählt am 12. Juni 1908 189. (Vor 12 Jahren, im Jahre 1895, waren es 3 808 128). Gewerbebogen und Gewerbebefragt wurden am 12. Juni ausgeführt: 1 872 262. (Vor 12 Jahren gab es 1 990 250 gewerbliche Betriebe).

Über der enormen Vermehrung der Bevölkerung in 12 Jahren sehen wir eine Verminderung von 112 000 Gewerbetreibenden. Erschwerend kam die proletarisierung des Volles nicht dokumentiert werden.

Berichte aus Fachtreffen.

London. Die Firma C. & F. C. Elsässer, Elsässerplatz, war seit einiger Zeit, um den Markt zu durchbrechen, dazu übergegangen, Modezimmen einzustellen, die man um einen Sonntag pro Laufzeit schuf, geringer entlohnt als die Weber. Letztere sollten nun alle entlassen werden, um den billigeren weiblichen Arbeitsträger Platz zu machen. Zugleich auf Betreibung der Firma des Deutschen

Textilarbeiterverbandes die Arbeiter gegen dieses Vorgehen in mehreren Fabrikbesprechungen Front machen, wurde am Mittwochabend eine Kommission gewählt, die bei der Firma vorstellig werden und auf Einhaltung des bestehenden Tarifes bestehen sollte. Nachdem die Kommission am Donnerstag diesem Aufrufe nachgekommen, wurden drei Arbeiter und eine Arbeiterin am selben Tage entlassen. Unter den ersten befinden sich zwei Kommissionärmelde, den anderen Weberinnen wurde gefündigt, weil sie sich mit den Weibern solidarisch erklärt hätten. Die Mehrzahl der dort Beschäftigten ist „christlich“ organisiert. Wie der Vertreter des christlichen Verbandes in der letzten Besprechung verlangt, hat Herr Delius, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, die Forderung, gleicher Lohn für gleiche Leistungen, als voll berechtigt bezeichnet. Die Firma ist also bis auf weiteres für Weber und Weberinnen gesperrt.

Altona-Düsten. Am 8. November tagte in Altona, eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, welche anähnend gut besucht war. Genosse Werner in Hamburg referierte über: „Wed und Norden der Organisation“. Er schätzte wie wenig die Arbeiter und Arbeiterinnen sich um die Organisation kümmern, zum größten Nutzen der Arbeitgeber, denn diese seien stets für die Wahrnehmung ihrer Interessen bestrebt, dagegen sei es ihnen gleich, wie ein Arbeiter sei, eine Arbeiterin mit dem geringen Verdienst auskommt. Der Referent führte verschiedene Beispiele dafür an, wie eine Arbeiterfamilie mit wenigen hundert Mark Jahresverdienst ihr Dasein fristen muß; zum Verhungern zu viel und zum Sattessen zu wenig, wogegen das Einkommen der Arbeitgeber kaum ausreicht. Wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbranche ihre Lebenslage verbessern, dann kann es für die Zukunft nur die Lösung geben: sich zu organisieren, und zwar im Deutschen Textilarbeiterverband, der zu jeder Zeit bereit ist, die Interessen seiner Mitglieder in jeder Hinsicht zu fördern; ferner wie Referent die Arbeiterinnen auf die „Gleichheit“ hin. Mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen ließen sich in den Verband aufnehmen. Zum Schlus noch eine Mitgliederversammlung statt.

Augsburg. Die Tendenz der kapitalistischen Ausbeutung kommt nirgend unverhüllt zum Ausdruck als in Augsburg. Ein Bild in die Jahresabschlüsse dieser Textilfirmen zeigt mit aller Deutlichkeit, welchen enormen Mehrwert unsere schlecht entlohten Textilarbeiter ihren „Wohlträtern“ schaffen. Daneben etabliert sich in immer vermehrtem Maße das Elend einer schamlos unterjochten Arbeiterschaft, die zum großen Teil selbst noch freiwillig und unfreiwillig auf das Koalitionsrecht verzichtet und den von einem stolzen Unternehmertum ins Leben gerufenen gelben Arbeiterbeitritt, um bei den Kapitalisten lieb Kind zu sein. Wir sehen überall Beiden stolzende Klassengegenseite, die zwar ein Teil der Arbeiter nicht erkennt will, aber die Merkmale einer herausragenden Geschäftskrise müssen auch jenen die Augen öffnen, die in Verlängerung der tatsächlichen Zustände für ein paar Silberlinge den letzten Rest von den Errungenen einer geeinten Arbeiterschaft über Bord werfen und die Klassengenossen dem Unternehmertum auf Gnade auszuliefern sich anschließen, anstatt ihr und ihrer Klassengenossen Los zu verbessern suchen helfen. Wie sehr das nötig wäre, zeigt folgende Notiz der „Schwäbischen Volkszeitung“ vom 8. November 1907:

Feierabend einer arbeitenden Frau.

Wer schon einmal Gelegenheit gehabt hat, abends an einer Fabrik, in der eben Feierabend gemacht wird, vorbeizukommen, der weiß, wenn er ein wenig nachdenktlich wird, auch schon Beobachtungen anzustellt haben. Da sieht man z. B. Arbeiter gemütlich plaudernd nach Hause gehen, junge Mädchen verabschieden sich schüchtern und scherhaft voneinander, um dann entweder einzeln, oder, wenn mehrere den gleichen Weg haben, in Gruppen gemächlich heimzuwandern. Dann sieht man Frauen, die es zumeist sehr eilig haben. Noch während sie aus dem Tor, welches sie während der Arbeitszeit eingeschlossen hielt, treten, schlagen sie sich ein Tuch oder ein anderes Kleidungsstück um, damit sie ja keine Minute Zeit verlieren, denn zu Hause wartet noch alle die Arbeit auf sie, welche die vom Schicksal begünstigten Frauen im Laufe des Tages verrichten.

Folgen wir nun einmal einer solchen noch jungen Frau mit blassem, schmalen Gesicht. Ihr Weg führt sie nicht direkt heim, sondern zuerst zu einer Verwandten oder Bekannten, wo sie ihr Kind abholt, das während des Tages hier in Pflege ist. Hastig steigt sie die Treppe hinauf und ebenso hastig öffnet sie die Tür, denn sie sehnt sich nach ihrem Liebling und nicht selten treten ihr die Tränen in die Augen, wenn sich ihr Liebster, sich selbst überlassen, im Bettchen aufrichtet und die zarten Arme nach der Mutter ausstreckt. Froh, ihr Kind endlich wieder zu haben, eilt sie hinweg. Unterwegs besorgt sie für den Abend und nächsten Tag nötigen Einkäufe und zu Hause angelommen, bereitet sie in aller Eile das einfache Abendbrot. Eigentlich ist es ja das Mittagbrot, da aber die Pause zu kurz ist und der Weg zu weit, wird es auf den Abend verschoben.

Ähnliches gilt für den Mann beim heimgekehrt. Nachdem er sich vom Fabrikstaub und -schmutz gereinigt hat, setzt er sich auf seinen gewohnten Platz, um während die Frau das Essen anrichtet, die Zeitung zu lesen. Während des Essens wird wenig, kaum das Nötigste gesprochen, denn der Mann ist von des Tages Arbeit müde und wortlos geworden. Auch die Frau hat keine Lust zum Sprechen; sie denkt darüber nach, wie sich ihre Ehe so ganz anders gestaltet hat, als sie es sich ausgemalt hatte. Ja, wenn sie zu Hause bleibt, sich ihrem Kind, welches der Liebe und Pflege der Mutter so sehr bedarf, widmen könnte, dann wäre sie zufrieden. Über der Verbündet ihres Mannes ist gering und die Lebensmittel sind so teuer, daß ihr nichts anderes übrig bleibt, als mitzuverdienen. Aus ihren Gedanken wird sie durch das Kind aufgestört, das unruhig ist. Eilig springt sie auf und bringt es zur Nachtruhe. Nachdem er Mann die Zeitung durchgelesen hat, begibt er sich mit einem freundlichen „Gute Nacht!“ zu Bett. Und während er schon längst den Schlaf des Gerüchten schläft, ist die Frau noch immer mit der häuslichen Arbeit, mit der Wäsche des Kindes, beschäftigt. Endlich in bürgerlicher Stunde ist sie fertig und sie begibt sich auch zur Ruhe, um in einem genau ebensovielen Tag, wie den eben beschlossenen, hinüberzuschlafen. . .

Abenteuerlich aufzusette und mit der Forderung an die Herren Fabrikanten herantrau, durch Verkürzung der Arbeitszeit und ge- rechte Entlohnung die traurige Lage der Textilarbeiter etwas menschlicher zu gestalten, da war es das heisste Bemühen der Textilarbeiter, das erwachende Textilproletariat wieder in seinen Jahrzehntelangen Schlaf zurückzuführen. In der Anwendung der Mittel war man dabei nicht nachsichtig. Auch bei der Firma Käfer. Manche gab es Maßregelungen, welche die Arbeiterschaft des Betriebes als Mittel dazu ansah. Doch die Organisation, die man damit ausschneidend unruhig machen wollte, sah trocken aldem auch in diesem Betriebe Fuß, was um so erfreulicher ist, weil die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betrieb ohnehin schlechte sind, was die Arbeiterschaft bei der heutigen teuren Zeit sehr bitter empfindet. Kein Zeichen von Lust und Lebensfreude ist bei diesen Arbeitern zu finden. Not, Elend, Entbehrungen, ja sogar Verhöhungen entrugten diese armen Geschöpfe jahraus, jahrein zuhig, wenn auch großartig. Hohe Lebensmittelpreise, hohe Mieten, hohe Steuern und niedrige Löhne, das reimt sich eben nicht zusammen. Die Arbeiterschaft wurde aufgebracht, als anfangs Oktober, abermals ganz plötzlich die Maßregelung eines Kollegen erfolgte. Nur der Einigkeit der Arbeiterschaft war es zu danken, dass eine sofortige Arbeitsscheidung verhindert wurde. Jedoch noch am selben Abend wurde darüber beraten, wie man diesen Schlag der Firma begegnen und beantworten könne. Man einige sich dahingehend, neben einer 15prozentigen Lohnerhöhung auf alle Webwaren noch folgende Forderungen in den Tarif aufzunehmen:

Muss ein Weber auf Bettel oder Sintrog worten, so soll ihm vom ersten Tage an eine Entschädigung gezahlt werden; Auf schmale Stühle 18 Pf., auf doppelseitige Stühle und Jaguard 15 Pf. pro Stunde. Bei schlechtem Material soll ein Durchschnittslohn der leichten drei Sintrolage bezahlt werden. Auskönnung eines Lohnaristes. Beim Empfang eines neuen Bettels soll auch der Lohn auf der Bettelstelle vorgenommen sein. Anerkennung der Organisation und des Arbeiterausschusses. Für die Binderei soll ein Aufschlag von 20 Proz. erfolgen. Wiedereinstellung des Gemahrgesetzes. Mit einer kurzen Begründung wurden diese Forderungen am 7. Oktober der Firma übermittelt. Antwort seitens der Firma sollte bis zum 12. Oktober erfolgen und zwar an den Gauleiter, Kollegen Gsell. Antwort zu geben erachtete die Firma aber nicht für notwendig. Am 14. Oktober wählte nun die Arbeiterschaft eine Kommission von vier Personen aus ihrer Mitte, welche versuchten sollte, in Unterhandlungen zu treten; in einem Schreiben wurde dies der Firma mitgeteilt. Die erste Verhandlung fand am Dienstag, den 22. Oktober, statt. Bewilligt wurde so viel wie nichts. Die Arbeiter erklärten, die gemachten Ausschändungen nicht annehmen zu können. Geschlossen reichten sie darauf am Samstag, den 26. Oktober, die Kündigung ein. Am Dienstag, den 29. Oktober, fanden erneute Verhandlungen statt. Nach einer zweistündigen Verhandlung, in der das Blümlein der Woge oft bald zugunsten, bald zu Gunsten des Friedens neigte, sah die Kommission endlich ihr heisstes Bemühen von Erfolg gekrönt. Man hatte in der Hauptsache folgende Vereinbarungen getroffen, und zwar für alle Webwaren: Auf schmale Stühle, leichte Ware, 1 Pf. Zulage pro Meter, breite Stühle schwere Ware, 2 Pf. Zulage pro Meter. An Martegeld auf schmale Stühle 10 Pf., breite Stühle 12 Pf. pro Stunde. Entschädigung bei schlechtem Material. Anerkennung eines Arbeiterausschusses, bestehend aus fünf Personen. Wiedereinstellung des Gemahrgesetzes. Noch am selben Abend erachtete die Kommission Bericht. Die Arbeiterschaft erklärte sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden und akzeptierte sie, am Mittwoch die Kündigung zurückzuziehen werden konnte. — Ist auch nicht alles erreicht worden, was man gefordert hatte, ist der Erfolg für die Arbeiter dennoch ein schöner, zumal die Organisation noch als sehr jung bezeichnet werden kann. Der Lohnarist ist jetzt im Betriebe ausgegangen, der Arbeiterausschuss gewählt. Das sind alles Erfolge, die nicht hoch genug angeklungen werden können. An den Arbeitern des Betriebes wird es nun sein, durch noch festeren Zusammenschluss dafür zu sorgen, dass der Arbeiterausschuss ungehindert seines Amtes wachsen kann zum Segen und Wohl der ganzen Belegschaft. Werden aber nun bald der großen Masse, die der Organisation noch fernsteht, die Augen aufgehen, um zu sehen, dass durch die Organisation, den Zusammenschluss, bessere Verhältnisse geschaffen werden können? Werden nun bald alle Textilarbeiter begreifen, dass sie es gar nicht verstehen können, noch außerhalb der Organisation zu stehen? Ja, versündigt man sich nicht gerade sträflich an seinen Kindern, an der Familie, wenn man als Arbeiter seiner Organisation fern bleibt? Deshalb: Hinein in die Organisation, hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband!

Baruth. Am Sonntag, den 3. November, fand in der Zentralhalle eine gut besuchte allgemeine Textilarbeiterversammlung statt. Fraulein Gewehr-Ellerfeld führte in ihrem anständigen Referate aus, dass die Organisation zur Naturnotwendigkeit geworden ist, da sich die Unternehmer zu Verbänden, Mitingen, Syndikaten und Trusts zusammengeschlossen haben. Schon aus diesem Grunde müssten sich die Arbeiter sagen, dass ihnen nirgends anders Hilfe zuteilt wird, als nur in der Organisation.

Höhn. Am 25. Oktober tagte im "Vollshaus" eine Posamentiererversammlung. Kollege F. J. J. erstattete Bericht von der Frankfurter Konferenz. Darauf folgte eine lebhafte Diskussion. Einzelne Redner befürchteten, dass durch die Annahme des Antrages, die nächste Konferenz für alle in der Posamentiererbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abzuhalten, die Posamentierer nicht mehr zur Geltung kommen werden. Umgekehrt könnte ein Schuh daraus werden. D. R.) Auch betreft das Arbeitsnachweisen könnten sie sich mit den Beschlüssen nicht so ganz einverstanden erklären. Die dazu gestellten Anträge wären viel zu wenig berücksichtigt worden. Am aller schlechten kam die Statistik weg; diese sei ganz unvollkommen. Berlin und andere Orte seien gar nicht verzeichnet. Sollte dieses in Zukunft besser werden, so möchte man den Vertrauensmann mit örtlichen Arbeiten befragen, damit er seine freie Zeit für die Provinie verwenden könne.

Düsseldorf. Unsere Mitgliederversammlungen finden laut Beschluss der letzten Versammlung im Winterhalbjahr jeden dritten Sonntag im Monat bei Werner, "Wuppertaler Hof", Kastanienstraße 65, nachmittags 8½ Uhr, statt. Wir hoffen, dass auch unsere anständigen Mitglieder sich jetzt mehr in den Versammlungen fehlen lassen werden. Die nächste Versammlung ist am 24. November.

Grefrath. Am Sonntag, den 27. Oktober, hielten die Filialen Grefrath und Dödt ihre monatliche Mitgliederversammlung, welche nur schwach besucht war, ob. Nachdem der Kassenbericht vom dritten Quartal verlesen wurde, wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren die Entlastung erteilt. Nach Vorbereitungen zur Haushaltung wurde bekannt gemacht, dass in nächster Zeit die Bibliothek wieder eröffnet werde. Kollegen und Kolleginnen, bedauerlich ist es zu sehen, wie die Mitglieder, anstatt die Versammlungen zu besuchen, ihren Klubzimmern nachlaufen. Das muss anders werden. Besuch die Versammlungen, wo Ihr Euch über die wichtigsten Fragen Eures Lebens belehren lassen könnt. Eure ein jeder seine Pflicht, dann werden auch wir dasjenige, was uns so lange vorenthalten wurde, nämlich ein ordentliches und menschenwürdiges Dasein, und mir Hilfe der Organisation erringen.

Grefrath. Hier befindet sich die große Seidenfabrik von Berger u. Co. Hier 400 Arbeiter dürfen dort Mehrwert schöpfen, sie helfen dem Reichstaat der Besitzer vermehrt und stifteten selber jahraus jahrein unter den allerklümpigsten Umständen das Dasein. An ihnen bemerkbar ist es sich wieder, dass der ländliche Unternehmer eine viel größere Ausbeutungsfreiheit zu Gebote steht, als die städtischen sich herausnehmen dürfen. Und gewöhnlich zeigen diejenigen am wenigsten Verständnis für die Arbeiterfrage, die von ihnen herausgekommen sind. Die Arbeiterschaft dort ist ephemer. Gedanke, ihr Dorf verlassen zu müssen, ist ihnen fürchterlich, sicher leben sie in großer Ausprachlosigkeit, und das Können, das der Herr Bauer geben mit seinem Wort der Freiheit an den gleichen wie bei den Geugdründern und Spinnern kein Nutzen.

Fabrikanten hetzen, wenn auch die Zustände in dessen Fabrik es gundertmal verdiensten.

So war es auch in Grefrath bei Berger u. Co. Die jetzigen Besitzer sind früher sehr einfache Leute gewesen; der alte Herr Berger hat noch mit dem Handstuhl gearbeitet. Anfang der 60er Jahre etablierte er sich dann als Fabrikant; er ließ die Fabrik bauen und fing mit 10–15 Stühlen an. Nach 20 Jahren war ihre Zahl erst auf 50 gestiegen, während sie jetzt seit Jahren auf mehr als 300 steht. Mit sogenannten schlechten Seiten hat die Kleinbetriebe gewöhnlich Jahrzehntelang gar nichts zu tun, wenn einmal eine Geschäftsstörung eintritt, so ist sie meist nur von ganz kurzer Dauer. Kein Wunder, dass die jetzigen Besitzer, 8 Geschwister, schwere Leute wurden, die alle drei als Millionäre gelten. Mit dem Reichstaat hat es selbstverständlich auch an Ehre und Ansehen nicht geschränkt: der Firmeninhaber sitzt als Geschworener im Schöpfergericht. Sein Rechtsgefühl jedoch hat ihn nicht gehindert, seinen Arbeitern für hiesige Verhältnisse völlig unausländische Löhne zu zahlen. Nur ganz wenige kamen 850–950 Mark verdienen, die Mehrzahl der Weber und Weberinnen kommt über 5–600 Mark nicht hinaus. Dabei hat Berger seit 8 Jahren nicht die allermindeste Lohnerhöhung eingetragen lassen. Während in seiner unmittelbaren Umgebung die Arbeiterschaft sich regte, um die getätigten Zugaben für Ernährung, für Kleidung und Wohnung durch höhere Löhne einzubringen, und die meisten Fabrikanten diesen veränderten Verhältnissen, wenn auch meistens gezwungenen Rechnung trugen, ging das alles spurlos an Herrn Berger vorüber. An seinen Webstühlen stehen heute 50 verhältnismäßig Frauen, von denen die meisten unterwochentliche Kinder bis zu 7 an der Zahl haben. Die ganz kleinen werden in die Bewahrtschule gelan, welche von Schwestern geleitet wird, den Säugling nimmt die Nachbarsfrau und die übrigen nimmt die Schule auf, — und kein Wort der Kritik hat diese "idyllischen" Kreise gefördert, bis vor einigen Monaten die Organisation dort Fuß fassen konnte. Das natürlich war natürlich eine Lohnbewegung, nach einem langen Handels erzielten die Verbandsvertreter 5 Prozent für Weber, Spulierinnen usw. und 30 resp. 20 Pf. für Färber, Mängler und sonstige Tagelöhner. Von einer Kündigung sah man trotz der Ringigkeit der Zugeständnisse deshalb ab, weil die im christlichen Verband Organisierten die Karierezeit nicht hinter sich hatten. Natürlich glaubte jeder, dass der Fabrikant sein gegebenes Lohnversprechen voll einhalten würde; das geschah auch, aber wie?

Der Mann, dem seine Arbeiter ein Nierenvermögen erarbeitet haben, gab einem Teil der Tagelöhner zunächst gar keine Erhöhung; als die Leute einige Wochen später die versprochene Erhöhung reklamierten, gab er einige 5 (1). sage und schreibe 5 Pfennig, und auf nochmalige Reklamation noch immer nicht die versprochenen 20, sondern nur 10 Pfennig. Zwei Arbeiter, die 20 bis 30 Jahre in diesem Betrieb geschafft haben, dafür an Höchstlohn 2,80 Mark erhielten, jetzt aber 3 Mark erhalten sollen, glaubten mit Rücksicht auf ihre langjährigen Dienste 3,10 Mark beanspruchen zu können, und Herr Berger spürte ein menschliches Rädchen: er bewilligte einem derselben 3,10 Mark, doch nur für eine einzige Böhnung, dann tat ihm der "bielle" Mammon leid, und kurz entschlossen zog er die 10 Pfennig wieder ab.

Krefeld. Der Krefelder Textilindustrie steht augenblicklich im Zeichen der Lohnbewegungen. Den Baumwollspinnern, die, wie wir in einer früheren Nummer berichteten, eine Bewegung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnerhöhung erfolgreich beendeten, sind zunächst die Druckdrucker gefolgt. Diese hatten im Winter 1905/06 nach einem vierzehntägigen Streik einen Tarif abgeschlossen, der bis zum 1. Oktober 1907 gelten sollte und stillschweigend ein Jahr weiter laufen sollte, falls er nicht 4 Jahre vorher gekündigt würde. Da dieser Tarif noch manche Mängel aufwies, so wurde er von den Arbeitern gekündigt, weil man der Arbeiterschaft eine Zeit der Eintritts in die Winteraison die günstigste sei, um einige Verbesserungen anzubringen. Die Unternehmer ließen zunächst die ganze Kündigungsfrist verstreichen, und erst wenige Tage vor dem 1. Oktober erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit, die denn auch, nachdem einige Sitzeungen an der Handelsstätte stattgefunden, für die Arbeiter ein durchaus günstiges Resultat zeitigten. So wurde der Lohn, der nach der bisherigen Staffelung im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit 18, im zweiten Jahr 21, im dritten Jahr 24 und vom vierten Jahr ab 27 Pf. betrug, in den drei ersten Stufen um 1 Pf. und in den letzten um 1,50 Pf. erhöht. Außerdem wurden noch einige weitere Verbesserungen erreicht, wie Anrechnung der Militärtätigkeit sowie Krankheit und Arbeitslosigkeit. Der so verbesserte Tarif wurde wieder auf zwei Jahre mit vierjähriger Kündigungsfrist abgeschlossen.

Nunmehr regten sich auch die Krawattenstoffweber und Stoffappreture. Beide Arbeiterschaften haben in vergangener Woche ihre Forderungen eingereicht. Während die Stoffweber, die mit Stärke auf die Schwierigkeiten, die der Einführung einer Einheitslohnlisti noch zurückstehen, die Forderung einer solchen einfließen noch zurückstehen, eine generelle Lohnerhöhung von 10 Proz. auf die bestehenden Löhne, und außerdem für die Artikel, die den Kunden verarbeitet werden, eine Extrabergütung von 5 Proz. forderten, haben die Stoffappreture einen vollständigen Lohnarist ausgearbeitet, der eine einheitliche Regelung der bis jetzt ziemlich verschiedenen und kraulen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorstellt. Im übrigen aber sind die Forderungen der Weber sowohl wie der Appreture sehr bescheiden, so dass, wenn die Unternehmer einigermaßen verständnisvolle Entgegnungen zeigen, eine Verständigung wohl möglich ist. Die leeren Seiten, die sich besonders jetzt beim Eintritt in den Winter bemerkbar machen, drängen die Arbeiter förmlich dazu, eine Aufbesserung ihres Einkommens zu erstreben, da sich mit den bisherigen geringen Verdiensten, ganz besonders der Stoffweber, schlechterdings nicht mehr auskommen lässt.

Des Weiteren haben dann noch die Bandwirker der Firma Gebrüder Kluge ihrer Firma Forderungen eingebracht, die eine Regulierung der Lohnliste und Verkürzung der Arbeitszeit enthalten. Auch diese Forderungen kann man nur als vorsichtig ansehen. Die bisherige Lohnliste enthält sehr viele Ungleichheiten zu ungünstigen einer großen Anzahl von Artikeln, so dass für die Weber dieser Sache ein kostspieliger Winderwerdienst sich ergibt, ein entsprechender Ausgleich also nur gerecht ist. Und was die Verkürzung der Arbeitszeit an betrifft, so ist die Beschäftigung an den neuerten, ungewohnen breiten Bandstühlen eine derart körperlich und geistig aufreibende, dass eigentlich eine achtfündige Arbeitszeit noch zu lang ist. Der Firmeninhaber Herr Kluge zeigt sich allerdings noch nicht besonders zugängig. Hoffentlich wird er aber doch noch zu rechter Zeit ein Einsehen haben, denn die Arbeiter sind zum Neuerwerben entschlossen, und dürfte in diesem Falle, wenn Herr Kluge nicht nachgibt, ein Kampf wohl unabdinglich sein.

Außerdem sind auch noch die Färber mit den Unternehmern in erneute Verhandlungen getreten, um bestehende Unstimmigkeiten, die sich bei der Farbbedienung des im vergangenen Jahre abgeschlossenen Tarifs herausgestellt haben, auszumachen und auch noch einige sonstige Verbesserungen zu erreichen.

Wie man aus obiger Darstellung er sieht, ist in Krefeld also eine ziemlich lebendige Bewegung. —

Wenn wir nun das Organisationsverhältnis in den einzelnen Säulen betrachten, so ergibt sich folgendes: In der Baumwollspinnerei und in der Geugdruckerei, den beiden erledigten Säulen, kam als Arbeiterschaft nur der Verband deutscher Textilarbeiter in Betracht; die Christlichen hatten nur einzelne Mitglieder, und an den Verhandlungen waren nur wir als Arbeiterschaft beteiligt. Dieses Umstande ist es, denn auch hierzu gehört, dass die Verhandlungen nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Unternehmerorganisation sich dem Verlangen der Arbeiterschaft nach den vorliegenden Beweisen entziehen wird, dass der Kredit, den sie von dem Betrieb ausgenommen hat, auf Verhandlung ihres Verlangens, den Kontakt aus dem Betrieb zu entfernen, bringen möchte, wie es jetzt der Fall war.

Die Verhältnisse liegen aber die Verhältnisse leider bei den Krawattenstoffwebern, wie überhaupt in den Webereien. Auch hier haben zwar wir die Majorität der Arbeiter, aber nicht nur die Christlichen haben stark ein Drittel der Leute, sondern auch noch zwei andere Organisationen, ein Rudiment des früheren Weberverbandes und die Hirsch-Dunderschen kommen mit geringen Bruchteilen in Betracht, so dass also vier Organisationen an dieser Bewegung partizipieren, was ebenfalls nicht als ein besonderer Vorteil für die Arbeiter zu bezeichnen ist.

So auch die Fabrikanten mit diesem Umstand rechnen, geht aus folgendem Beispiel hervor: Am 8. November fand hier im Käblerischen Saale eine Auskündigung sämtlicher Krawattenstoffwebereien statt, in welcher über die einzurichtenden Forderungen beraten und beschlossen wurde. In dieser Versammlung teilte der Vertreter des christlichen Verbandes, Herr Jakob Pösch, mit, dass sein Verband schon vor dieser Bewegung an den Fabrikantenverbund wegen einer Lohnerhöhung für die Stoffweber herangetreten sei, sie seien aber glatt abgewiesen worden. Mit Recht rief einer aus der Versammlung dem Redner bei dieser Erzählung ein "Selbstverständliches" zu; denn dass die Fabrikanten einer Organisation, die nur über einen kleinen Bruchteil der Arbeiter verfügt, eine solche Antwort ertheilen, ist eben nur zu selbstverständlich. Die Fabrikanten sind eben über die Zersplitterung der Stoffweber in vier Organisationen und Organisationen genau unterrichtet und wissen auch, dass eine solche zerstreuende Arbeiterschaft nicht genug Widerstandskraft besitzt, um einen hartnäckigen Kampf wagen zu können. Einer solchen Arbeiterschaft fehlt die zielbewusste Einheitlichkeit des Willens und Strebens, und sie wird deshalb nie in stande sein, sich durchgreifende Forderungen zu erzielen. Möchte diese traurige Erscheinung doch endlich verschwinden und auch die Weber an dem Beispiel der anderen einheitlich in unserem Verband organisierten Berufe erkennen, wie verberlich diese unselige Zersplitterung für ihre Interessen ist.

Nur eine große starke Organisation kann den Arbeitern helfen, und das ist für die Textilarbeiter nur der Zentralverband deutscher Textilarbeiter. Also: Hinein in unseren Verband, und neu darin aushalten!

Krefeld. Am 29. Oktober fand hier eine Auskündigung des Verbandes der Samtfabrikanten Deutschlands statt, der auch ein Vertreter des Verbandes der französischen Samtfabrikanten beinhaltet. Über diese Sitzung schreibt der "Confectionair" folgendes: "Wie wir hören, wurde beschlossen, dass die Preise für die kommende Saison 1908 auf Grund des Chappelpreises von 29 Franc pro Kilo kalkuliert werden sollen. Es wurde das auf die Preise, welche zu Anfang des Jahres in Geltung waren, eine Erhöhung von 22 Proz. ausmachen. Die Ende 1906 zuerst eintretenden Erhöhungen geschahen auf Grund der bis dahin von jedem Fabrikanten nach seinem Gutbunken gemachten Preise; erst Anfang 1907 wurde eine allgemeine, grundlegende Kalkulationsbasis geschaffen, auf die dann im Laufe des Jahres prozentuale Aufschläge erfolgten. Noch vor wenigen Wochen wurde ein solcher Aufschlag von 4 Proz. beschlossen und des Weiteren 10 Proz. für jetzt schon pro 1908 zu erstellende Aufträge. Diese Maßnahme hat nun durch den neuen Preis eine Wänderung erfahren, indem als Grundlage der Chappelpreis von 20 Franc angenommen wurde, und ergibt das je nach der Qualität einen Aufschlag von 20 bis 22 Proz. auf die Preise der Kalkulationsbasis zu Anfang dieses Jahres.

Der neu abgeschlossene Vertrag der Samt- und Plüschartikelindustrie steht augenblicklich im Zeichen der Lohnbewegungen. Den Baumwollspinnern, die, wie wir in einer früheren Nummer berichteten, eine Bewegung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnerhöhung erfolgreich beendeten, sind zunächst die Druckdrucker gefolgt. Diese hatten im Winter 1905/06 nach einem vierzehntägigen Streik einen Tarif abgeschlossen, der bis zum 1. Oktober 1907 gelten sollte und stillschweigend ein Jahr weiter laufen sollte, falls er nicht 4 Jahre vorher gekündigt würde. Da dieser Tarif noch manche Mängel aufwies, entsprachende Bildergütungen zu gewähren. Diese betrugen bei letzter Order mit Forderung, falls die Sortiments bis 31. Januar gegeben werden, 3 Proz., falls selbige bis 15. März gegeben werden, 2 Proz.

Es ist auch für die Fabrikanten von nicht zu unterschätzendem Wert, recht früh ihre Stühle beschäftigen zu können, ohne wie es früher der Fall war, für Lager arbeiten zu müssen. Auch die Bildungsbewilligung wurde besprochen und daran festgehalten: für Orders, die vor dem 1. Juni gegeben und dessenfalls, d. h. in Färberei und Quantitäten eingeteilt werden, Balata August bei früherer Lieferung einzuräumen."

Man sieht hier auf neue, eine wie schlagfertige Waffe zur Förderung ihrer Interessen sich die Samtfabrikanten in ihrer einheitlichen und geschlossenen Organisation geschaffen haben. Schlagfertig nach zwei Seiten hin, stets bereit, durch eine geschlossene Auftreten gegenüber der Firma, dieser die Preise vorzubütteln, auf der anderen Seite aber auch stets gerüstet, um die Schlachtfront zu verändern und sich geschlossen gegen die Arbeiter zu stellen. Wir aber können den Arbeitern nur immer und immer wiederholen: "Gehet hin und tuet desgleichen!" Das Gegenstück zur geschlossenen Fabrikantenorganisation muss eine eben geschlossene und einheitliche Arbeiterschaft sein, und sie finden die Textilarbeiter nur im Zentralverband deutscher Textilarbeiter!

Mittweida. Zu einem bedauerlichen Zwischenfall ist es Freitag, den 1. November, in der Baumwollweberei Mittweida gekommen. Wegen eines Arbeiters kam es zur Betriebsentstellung. Den Anlass hierzu gab dieser Arbeiter durch sein Verhalten. Die Verhandlungen, welche vor und nach der Betriebsentstellung zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuss stattgefunden, hatten nur den Erfolg, dass die Sicherung nebstetzt, dass, wenn die dem betreffenden Arbeiter zur Last gelegten Vergehen wirklich vorgekommen seien, der Mann aus dem Betrieb entfernt werden sollte. Aber die Direktion erklärte auch in der letzten Verhandlung mit dem Ausschuss, da es nun zur Arbeitsniedersetzung gekommen sei, sei sie nicht mehr imstande, allein in dieser Sache entscheiden zu dürfen, weil es die Unternehmerorganisation in Händen habe; gewiss ein Beweis dafür, wie weit die Unternehmer in ihren Betrieben "Herrn im Hause" sind. Nicht einmal der Vertreter der Arbeiterschaft ist zur Verhandlung zugelassen worden. Jedoch in der letzten Fabrikbesprechung einige man sich dahin, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen. Folgende Resolution gelangte aber einstimmig zur Annahme:

"Die heute am 8. November et. im großen Saal des Schulgebäudes zu Mittweida tagende Fabrikbesprechung der Arbeiterschaft der Firma Mechanische Baumwollweberei Mittweida, brüderliche Verhandlung darüber aus, dass die Direktion in ihrem Verhandlungsrecht so weit beschränkt ist, dass sie nicht einmal, nachdem sie Kenntnis von dem rigorosen und unmoralischen Verhalten des Arbeiters Josef Koval genommen hat, denselben entlassen kann, sondern erst auf die Anklage und Bestrafung der Kommission des Unternehmensverbands warten muss.

Die Versammelten erklärten, auf dem Standpunkt, welchen sie in der am 2. November angenommenen Resolution behauptet haben, bestehen zu bleiben, wonach sie verlangen, dass der in Betrieb kommende Arbeiter J. Koval zu entlassen ist. Die Versammelten erklärten weiter, dass sie der Ansicht sind, dass auch die Kommission der Unternehmerorganisation sich dem Verlangen der Arbeiterschaft nach den vorliegenden Beweisen entziehen wird, dass der Kredit, den sie von dem Betrieb ausgenommen haben, auf Verhandlung ihres Verlangens, den Kontakt aus dem Betrieb zu entfernen, bringen möchte, wie es jetzt der Fall war.

Die Versammelten erklärten aber auch weiter, dass, falls sie sich in ihrer Annahme bestätigt haben sollten, sie ebenso einmütig wieder aufzunehmen und auf Verhandlung ihres Verlangens, den

sammenhalten ihr Ziel erreicht. Möchte man daraus überall die Lehre ziehen, daß Einigkeit stark macht. Am Sonnabend, den 2. November, hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Vom Vorstand wurde auf die im Monat Dezember stattfindende Generalversammlung hingewiesen und die Wichtigkeit derselben hervorgehoben, da in derselben die Neuwahlen vorgenommen sowie die verschiedenen Berichte entgegengenommen werden sollen. Auch die Geschäftsführerfrage wird wieder in Fluß gebracht werden, also vielleicht Beschlüsse gefasst werden, welche von großer Bedeutung für die hiesigen Textilarbeiter sein können. Es ist daher Pflicht der Kollegen, schon jetzt für guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Wysau. Am Sonnabend, den 2. November, fand in der „Germania“ die Monatsversammlung der Einigungsgruppe statt des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Zunächst gab der Bevollmächtigte den Kassenbericht vom 3. Quartal 1907. Hierauf machte ein Kollege einige Ausführungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Branchen der Textilindustrie. In der darauffolgenden Diskussion kritisierte ein Redner die Alters- und Invalidenversicherung in etwas verderter Weise, worauf der überwachende Beamte die Versammlung auflöste.

Neumünster. Ein recht „arbeiterfreundlicher“ Mann ist der Stuhlmüller W. in der Tuchfabrik Barthol. u. Kracht. In einer Fabrikversammlung wurde beschlossen, bei der Firma vorstellig werden und die Suspendierung des Meisters vom Amt oder seine Entlassung zu fordern. Eine Kommission wurde zu diesem Zweck gewählt und diese wurde auch bei der Firma vorstellig. Die Firma weigerte sich, den Mann zu entlassen, sagte aber Abschluß zu. Den Arbeitern wurde aufgegeben, bei kommenden Ungehörigkeiten des Stuhlmüllers sofort beim Betriebsleiter vorstellig zu werden und Beschwerde zu führen. Sollte der Mann sein Vertragen nicht ändern, dann würde seine Entlassung vorgenommen werden. Die Arbeiter haben sich nun vorläufig mit dieser Antwort zufrieden gegeben und werden nun sehen, ob es besser wird.

Neumünster. Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung, in der Frau Ruthmann aus Hamburg über das Thema: „Die Textilarbeiterchaft im Kampfe ums Dasein“ referierte, fand am Abend des 1. November im „Centenarius“. In ungefähr 1½ stündigem Referate führte die Referentin den Anwesenden vor Augen, wie die Textilindustrie entstanden ist und wie sie sich bis auf den heutigen Tag entwickelt hat, wie die Maschinen in ihrer heutigen Vollendung statt den Arbeitern zum Segen, nur zum Fluch geworden sind und nur dem Unternehmer zugute kommen. Die Zahl der verheirateten Frauen in den Fabriken steigt von Jahr zu Jahr und die Lebenslage der Arbeiter werde eine immer gedrücktere. Die Rednerin wies hin auf die Schäden und Krankheiten, denen Textilarbeiter ausgesetzt sind. Durch die Arbeit in den staubfüllten Räumen fallen die meisten Arbeiter und Arbeiterrinnen der Lungentuberkulose zum Opfer, daneben sind Herzkrankheit, Blutarmut und Unterleibskräfte die Krankheiten, denen die Arbeiterrinnen hauptsächlich ausgesetzt sind. Dazu kommt noch, daß durch Zölle und Steuern die Lebensmittel derart verteuert werden, daß es dem Arbeiter fast zur Unmöglichkeit wird, noch existieren zu können. An der Arbeiterschaft aber liegt es, selbst diesen Zuständen einen Ende zu bereiten.

Neustadt (O. Sch.). In der letzten Zusammenkunft übte der Bevollmächtigte berechtigte Kritik an der Art, wie manche Kollegen in den Besitz der Reiseunterstützung zu bringen suchen, namentlich österreichische Kollegen. Man schickt ihm ganz einfach die Reiselegitimationen ohne Mitgliedsbücher und fordert die Auszahlung der Reiseunterstützung, was dieser nicht tut, vielmehr erst die Ausstellung der Mitgliedsbücher fordert, statt dessen ihm aber wiederum die Reiselegitimationen nach einem spätestens Schreiben und energischer Aufforderung zu beschleunigter Einsendung der Reiseunterstützung zugehen. Von den Kollegen wurde dem Bevollmächtigten das taktische Vorgehen anerkannt und demselben empfohlen, Brief nebst Reiselegitimationen an den Zentralvorstand einzusenden, falls ihm inhaltlich die Mitgliedsbücher zur Einsicht über die Unterstützungsberechtigung nicht zugehen sollten. Als bedeutsam muss es bezeichnet werden, daß sich die Mitglieder um die Rechte und Pflichten im Verbande zu wenig kümmern und der Ausklärung hierüber seitens augenzögig sind — und dies manchmal zu ihrem eigenen Nachteil.

Reutte (O. Sch.). Die Sorge um die 70jährigen Weber! Als nach dem deutsch-französischen Krieg die Handweberei noch einmal und zwar zum letzten Male, sogleich eingezogen begann, war es der damalige Inhaber der hiesigen Textilstoffmauer, der die Geheimen Kommissionsrat Samuel Gränler, der die alten Haushalte, d. h. die Väter vieler jetzt noch vorhandener Weber, zu sich beschied und ihnen stets stark aufgezeigt, ihre Söhne nur ja zu Weibern heranzubilden, denn solange die Firma S. Gränler bestehen würden, dieselben für sich und ihre Kinder eine „gesicherte Existenz“ haben. Zu gleicher Zeit wurde auch eine Invalidenunterstützungsfabrik gegründet, wogegen auch von der Firma die Hälfte an Beiträgen beigesteuert wurde und jeder 70 Jahre alte geborene Weber, der in eigener Werkstatt für die Firma arbeitete, 18 Pf. monatliche Unterstützung erhielt. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß dem Weber, der bis zum vollendeten 70. Geburtstag seine Arbeitskraft am Webstuhl eingesetzt hatte, die verdiente Ruhe gewiß zu gönnen ist. Doch hatten dieselben noch ihre Werkstätten, in denen sie Gesellen beschäftigten und Gehilfen jüngten, so daß sie ein halbwegs leidliches Auskommen hatten, bis vor circa einem Vierteljahrhundert die Lehrlingszüchterei gänzlich verboten wurde. Und wer sich diesem Verbote zu widersetzen wagte, dem wurde kurzerhand auf dem betreffenden Webstuhl keine Arbeit gegeben. Nun läßt sich ja gegen solche Beschränkung bei einem absterbenden Handwerk durchaus nichts einwenden, wenn diejenigen Inhaber derselben Firma noch erst die auf das von ihrem Vater und Großvater hin gegebene Vertragschreie herangebildeten Weber, derartig in ihren Betrieben versorgte, daß „ihre Söhnen“ tatsächlich „gesichert“ waren. Leider ist das nicht der Fall. Am liebsten nimmt man vom Lande jugendliche Arbeiter und Arbeiterrinnen für sage und schreibe 50 Pf. täglich an. Und die kaum 50jährigen Textilarbeiter scheint man zum alten Eisen zu rechnen. Was aber früher niemand für möglich gehalten hätte, das ist in neuerer Zeit die „heilevolle“ Sorge um die 70jährigen Weber, denen jetzt, wer so glücklich ist, dieses Alter tropf, des schweren Daseinslastes zu erziehen, direkt verboten ist, noch weiter für die Firma zu arbeiten. Es werden die schon seit 40 und noch mehr Jahren innegehabten Webstühle aus ihrer Werkstatt geschafft und dafür ein Abfindungsentschädigung von 4 Pf. pro Woche, wobei noch der Rententassenzugestalt in Abredung kommt, angeboten. Freilich tritt hierzu noch die viel geprägte Altersrente, die unter den gegebenen Vergütungen noch nicht 15 Pf. monatlich erreichen dürfte, die aber doch erheblichste für Miete — denn auch Gießgißtage brachten noch eine Wohnung herausgegeben werden müssen. Was soll dieser Weber nun tun, auch wenn er noch arbeitsfähig ist und auch noch erwerbstätig sein möchte? Mit dieser Frage handelt sich ein junger Schauspieler kurzlich an die hiesige Auskunftsstelle mit dem Eruchen um Mietfertigung eines Bürgeschubes an die genannte Firma. Der Auskunftssteller gab ihm zur Antwort, daß er seinem Wunsche nicht nachkommen könne und bedeute ihm, daß einem Unionsarbeiter nicht gut zu helfen sei, wenn gegen das ausbeuternde Unternehmen — nur die Organisation antritt, und für die sei keinen zu tun.

Dortmund. Textilarbeiter und Arbeitnehmer! Schaut euch jetzt gegen solche Gefahren im Auge, indem ihr euch alle der Organisation des „Deutschen Textilarbeiterverbandes“ anschließen und euch selbst den Vorort verpflichten, vor weder zu eurer Selbst noch zu eurem Arbeitgeber dennoch Eure Arbeitgeber, welche die von denselben nie erzielt worden wäre, wenn sie die Textilarbeiter nicht von jeder als das wichtigste Ausbeutungsobjekt

bevahrt hätten, was in Zukunft von den jüngeren Geschäftsfabrikanten allen Zeichen entsprechend noch besser gewürdigt werden wird, als bisher, denn nirgends ist der Grundschluß: „Die Vergangenheit ist die Lehrmeisterin der Zukunft!“ angebrachter als gerade hier. Und darum: Hinein in die Organisation!

Peterswalde. In der am 31. Oktober in der „Glogerei“ abgehaltenen Legislativerversammlung wurde zuerst Abrechnung vom 3. Quartal gegeben. Kollege Kästner aus Landeshut hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Spinnen und die Spinnerei“. Das Verhältnis jener beiden Instanzen zueinander lasse ohne weiteres einen Vergleich zu zwischen Kapital und Arbeit.

Alsbach. Am 8. November tagte unsere Monatsversammlung im Verleihsaal von W. Heinrich. Mit dem Besuch konnte man einigermaßen zufrieden sein, wenn es auch zu wünschen ist, daß in Zukunft hier auf diesem Gebiete noch vieles bessern muß. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom dritten Quartal, 2. Kartellbericht, 3. Unsere Agitation im kommenden Winter, 4. Verschiedenes. Die Bilanz des Kassenberichts ist folgende: Einnahme 219,46 M., Ausgabe 147,72 M., Bestand 249,74 M. Zum Kassierer wurde Enslinger ernannt. Der Kartellbericht wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt, da der Berichterstatter nicht anwesend sein konnte. Eine längere Diskussion entspann sich über den dritten Punkt unserer Tagesordnung. Die einzelnen Worte und Maßnahmen zur Agitation wollen wir hier nicht berühren, nur soviel sei gesagt, daß, wenn der Vorstand ruft, diejenigen Kollegen zur Stelle sind, die sich zu solchen Arbeiten eignen, dann muß es auch am hiesigen Orte vorherrschen gehen. — Ein 3. hat aber der Verwaltung in der Versammlung nicht gefallen, und sei es hier, zur Vermeidung in den weiteren Versammlungen, angeführt, nämlich: es wird viel zu viel um Kleinigkeiten diskutiert, womit die Versammlungen in die Länge gezogen werden, und wichtige Punkte nicht genügend berücksichtigt werden können. Kleinigkeiten, persönliche Epiphanien, auch noch so versteckt, sollen streng vermieden werden, dann erleichtert man dem Leiter der Versammlung seine Arbeit ganz entschieden. Auch das vorzeitige Verlassen der Versammlung berührt ungemein; diese Kollegen, welche z. B. um 1½ Uhr die Versammlung verlassen, wenn um 147 Uhr angefangen ward, geben nur zum kleinen Teile nach Hause. Eine Versammlung macht doch einen ganz anderen Eindruck, wenn sie pünktlich eröffnet und pünktlich geschlossen werden kann, und wenn alle Besucher bis zum Schluss anwesend sind.

Schwibus. In der Tuchfabrik von Otto Marggraff in Schwibus sind Rüsten in Arbeit eingestellt worden. Die Schwibuser Arbeiterschaft hat nicht das geringste gegen die Beschäftigung fremder Arbeiter einzuwenden. Aber ganz energisch muß dagegen protestiert werden, daß im selben Augenblick, wo fremde Arbeitskräfte eingestellt werden, die alten, ortsfestigen, entlassen werden. Das ist bei obiger Firma geschehen. Die Schwibuser Textilarbeiter schaft hat das Bewußtsein, daß auch der Arbeiter bestimmte Pflichten dem Staate und der Gesellschaft gegenüber zu erfüllen hat. Auch der Arbeiter muß Miete, Abgaben und Steuern zahlen. Um dieses tun zu können, muß er seine Arbeitskraft an den Unternehmer verkaufen. Es besteht nun in Schwibus kein Arbeitermangel; ganz im Gegenteil ist man davon überzeugt, daß ein Mangel an Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Bei einer Geschäftslage wie der gegenwärtigen freunde Arbeitskräfte heranzuziehen, heißt die Interessen der Arbeiterschaft auf das aller schwierigste fähig. Das dürfen die Kollegen und Kolleginnen von Schwibus sich nicht bieten lassen. Wenn irgend ein Umstand die Arbeiter zur Organisation kommen lassen sollte, so ist es dieser. Ihr, die Ihr in jahrelanger Tätigkeit Euren Unternehmer gut genug waret, für ihn Reichtümer zu erwerben, sollt nun auf das Pfosten geworfen werden! Wollt Ihr das so ruhig mit ansehen, wollt Ihr Euch nicht dagegen wehren? Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß Ihr Euch der Organisation anschließt. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß andere Firmen nicht dasselbe tun und ebenfalls freie Arbeitskräfte einstellen und die alten entlassen. Also rüstet Euch beizutreten! Hinein in die Organisation!

Zeitz. Seit ungefähr einem vierten Jahr ist im Betriebe der Posamentenfabrik von W. Otto Wolf hier ein neuer Artikel eingeführt, sogenannte Maschinarbeit (Handschuhstoff). Für diese Arbeit erhalten die männlichen Arbeiter einen Wochenlohn von 22—23 M. Nun ist aber ein lediger Arbeiter entlassen worden mit der Begründung, man wolle Frauen oder Mädchen einstellen, welche diese Arbeit billiger machen. Leider findet sich der unorganisierte 10-jährige Paul Meyer, gebürtig aus Apolda, bereit, die Arbeiterrinnen angulieren und so die Arbeiter an ihrer Lohn zu bringen. Daß diese Firma gern billig arbeiten läßt, geht schon daraus her vor, daß sie sechs Lehrlinge und mehr bei nur höchstens sechs Gehüßen auf—bildet. Die Ausbildung besteht darin, daß sie täglich an Stuhle arbeiten dürfen; sie dürfen nicht, wie anderswo, den Gehüßen einmal aussehen, um etwas zu lernen, das leidet der Meister nicht, sondern sie können nach Feierabend sowie Sonntags Übungsstunden machen. Laut Kontrakt dauert die Lehrzeit vier Jahre. Der Lohn beträgt das erste Jahr 3 M. pro Woche, das 2. Jahr 4 M., das 3. Jahr 5 M. pro Woche, das 4. Jahr pro Stunde 15 Pf.; auch gibt es dann Auford. Kann dann so ein Lehrling im vierten Jahre täglich schaffen, so kann er wohl etwas mehr verdienen, als der Stundenlohn beträgt. Nun geht aber im ersten Jahre 20 Pf. pro Woche ab, im zweiten Jahre 25 Pf., im dritten Jahre 30 Pf., im vierten Jahre 40 Pf. für die Fabrikarbeiter. Diese Beträge von annähernd 60 M. werden dann am Schluss der Lehrzeit zinslos zurückgezahlt. Materialschaden muß bezahlt werden, selbst wenn er nicht mutwilligweise angerichtet ist. Bushäppchen oder gängliche Fernländer von der Arbeit wird bestraft. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit. Dies für die Lehrlinge.

Die Arbeiterrinnen bekommen einen Aufgangslohn von 6—8 M. pro Woche, später ½ des Gehüßenordlohnnes, so daß ein durchschnittlicher Lohn von 12 M. pro Woche herauskommt. Die Arbeitsordnung in der Fabrik kennt nur Pflichten der Arbeiter, Rechte aber so gut wie gar nicht. Für 5 Minuten Buspässen werden 10 Pf. Strafe verhängt, für 10 Minuten und mehr bis zu 1 M. Ebenso muß der 10 Pf. zahlen, der seine Marke abzunehmen oder hinzuhängen vergibt. Die Arbeitszeit beträgt für gewöhnlich 10 Stunden. Aus besonderem Anlaß kann für die ganze Fabrik oder einem Teil derselben, außer für die Jugendlichen, die Arbeitszeit um zwei Stunden erhöht werden — ohne daß dafür ein Aufschlag erfolgt. Wieso werden Leute von auswärts für die Posamentenfabrikation herangeführt und ihnen dauernde Stellung verschrieben. Ist aber die sogenannte Meisterzeit vorbei, dann erfolgt oft gleich die Kündigung. So sieht dann die dauernde Stellung aus. Jedoch Herr Wolf ist nicht schlecht gegen seine Arbeiter, so hat er z. B. ein sogenanntes Sparstystem eingeführt. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterrin „spart“ pro Woche 50 Pf. resp. 25 Pf., oder richtiger gesagt, wird ihr gleich vom Lohn abgezogen bis zur Höhe von 10 bzw. 8 M. Diese Sparsumme wird dann bei Völung des Arbeitsverhältnisses wieder zurückgezahlt. Das bewirkt doch viel Wohlwollen, denn Herr Wolf geht wohl von dem Gedanken aus, jedem arbeitslos Gewordenen zu einer kleinen Rösumme zu verhelfen. Nur einen Salaten hat die Geschichte, und an dem bleibt mancher hängen. Die Sparsumme wird nämlich nur dann ausbezahlt, wenn alle Pflichten erfüllt sind und das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gekündigt wurde. Auch diese Bestimmung zeigt natürlich nur das „gute Herz“ des Unternehmers. Regelmäßig Hintergedanke hat er dabei nicht durchaus auf nicht. Nun möchten wir nur noch wünschen, daß noch etwas verbessert wird, so die Garderobe, welche für männliche Arbeiter unter dem Treppenaufgang liegt befindet. Auf besondere Kleidung dieses Raumes wird kein Wert gelegt, so daß man seine Kleidung nicht gern vorhängt hängt. Die Garderobe für weibliche Arbeiterrinnen ist ursprünglich als Abort bestimmt, ist aber zum Garderobenraum umgebaut worden. Die Bekleidung steht in dem einen Raum sowohl wie in den anderen. Die Nutzung ist ebenfalls ungenügend. Die Klosettentrichtung liegt direkt zu wünschen ab, besgleichen ist die Waschereinrichtung sehr primitiver Natur. Mit

meinen, diese Punkte wird Herr Wolf gewiß gern berücksichtigen, eventuell zu befehligen versuchen. Gegenwärtig sind beschäftigt: außer dem Meister und dem Vorarbeiter zirka 21 weibliche, vier männliche Arbeiter und sechs Lehrlinge. Von den Heimarbeitern wollen wir heute schwigen. Leider steht es mit der Organisation unter den Wolfschen Arbeitern noch recht traurig. Sie scheinen trotz der traurigen Verhältnisse doch noch nicht zu der Erkenntnis gelommen zu sein, daß sie nur durch gemeinsames Handeln ihre Lage verbessern können. Möge ihnen diese Erkenntnis bald kommen. Hoffentlich haben wir recht großen Erfolg mit der Agitation für die „Gleichheit“. Jeder Rummer liegt ein Aufnahmeschein bei und wir wünschen, daß jede der Wolfschen Arbeiterinnen diesen ausgefüllt zurückgibt.

Für die dort Beschäftigten:

Arthur Böhne, Alfred Wed. Paul Busch.

Für den Entlassenen: Hermann Becker.

Für den Vorstand: Franz Krause.

Literatur.

Soeben ist im Verlage von J. G. W. Dick Nachf. in Stuttgart erschienen: Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Kinderziehung von Heinrich Schulz.

Der Verfasser, Mitglied des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei und Lehrer an der Parteischule, schreibt im Vorwort über die Sammlung u. a.: Nicht gelehrt Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Büchlein der proletarischen Mutter, für die es in erster Linie bestimmt ist, darbieten, sondern kurze, einfach gehaltene und leichtverständliche Maßnahmen und Worte aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis.

Die kleine Schrift soll als eine Art „Mutterbriefe“ zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in ihren erzieherischen Sorgen und Nöten eine gerne angetane Freunde und Ratgeberin werden.

Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine farbige und eine Ausgabe im Geschenkeinband.

Die farbige Ausgabe kostet 50 Pf., die Ausgabe im Geschenkeinband 75 Pf.

Das Büchlein eignet sich ganz vorzüglich als Weihnachts geschenk.

Briefkasten.

Stamm-Nr. 351496, Orts-Nr. 293. Wenn Sie Invalidenrente beziehen, so dürfen Sie keine Marken mehr leben, da Sie in keiner versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis mehr stehen.

Damit erledigt sich Ihre weitere Frage.

Mit Gruß

Die Redaktion.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsbuchstift anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Daselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für die Bestimmung muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Über 20 Gramm schwere Inlandsbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Geschäftsführer - Gesuch.

Wie suchen für die Mitgliedschaft Annaberg-Buchholz einen tüchtigen Geschäftsführer. Gehalt 1600 M. pro Jahr. Antritt 1. Januar 1908. Fachkenntnisse von der Posamentenbranche sind erwünscht. Bewerbungen müssen bis zum 20. November bei Karl Hölsch, Berlin, Andreasstr. 61, II, eingegangen sein. Mindestens dreijährige Mitgliedschaft ist erforderlich.

Der Zentralvorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Chemnitz-Erzgebirge. Die Agitationslour von Frau Ziegl, Berlin, beginnt am 5. Oktober und dauert bis zum 21. November. Die Themen, über welche die Referentin spricht, lauten: 1. „Arbeiter- und Unternehmerverbände.“ 2. „Hat die Textilarbeiterchaft Ursache, nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu streben?“ und 3. „Einiges über den Wert der Fabrikinspektionen.“ Die Versammlungen sind in folgender Reihenfolge angelegt:

Sonnabend, den 16. November, in Oschatz.

Sonntag, den 17. November, in Dittersdorf-Gutsriebel und Umgegend.

Montag, den 18. November, in Lichtenstein.

Kollegen und Kolleginnen! Eure Pflicht und Aufgabe muß es sein, diese angefechteten Versammlungen zu Massenversammlungen zu machen. Schon von heute ab muß jeder Kollege, jede Kollegin für diese Versammlungen agitieren, damit kein Kollege, keine Kollegin derselben fernbleibt. Der Organisation müssen neue Kampferzähren zugeführt werden.

Der Gauleiter: Ulrich Reichelt,

Chemnitz, Uferstraße Nr. 14.

Gau Brandenburg. Die Genossin W. Nähler aus Düsseldorf wird in unten benannten Orten über das Thema: „Die Frau im Kampfe ums Dasein“ sprechen.

Sonnabend, den 16. November, in Borsigau.

Sonntag, den 17. November, in Guto.

Montag, den 18. November, in Forst.

Dienstag, den 19. November, in Pöhl.

Donnerstag, den 21. November, in Berlin.

Gau Bayern. Wie schon in voriger Nummer bekannt gegeben wurde, berufen wir auf Mittwoch, den 26. Dezember (erster Weihnachtsfeiertag), nach Augsburg, Gasthaus „Wittelsbacherhof“, bestreitbare, eine Konferenz der Filialen des bayerischen Gaues ein.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Haushubericht und Bericht der Revisoren.
2. Bericht der Delegierten.
3. Unsere Agitation im Gau Bayern.
4. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig.
5. Anträge der Filialen an die Gauverwaltung.
6. Wahl des Gauleiters und des Gauortes.

Anträge zu dieser Gaukonferenz sind spätestens bis Montag, den 9. Dezember 1907, an den Gauleiter B. Brüggemann an, Augsburg, Augendstr. 9 III, einzufinden.

Das Gaureglement bestehen für die Teilnahme an der Gaukonferenz folgende Bestimmungen:

Der Gauvorstand ist berechtigt, sich durch drei seiner Mitglieder auf der Konferenz vertreten zu lassen; der Gauleiter muss aus der Konferenz anwesend sein, auch wenn er nicht zum Gauvorstand gehört. Filialen oder Zählstellen, welche mindestens 50 Mitglieder haben, haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden.

Filialen bis zu 300 Mitgliedern wählen einen Delegierten.

Filialen mit mehr als 300 Mitgliedern bis zu 1000 Mitgliedern wählen zwei Delegierte.

Filialen mit mehr als 1000 Mitgliedern wählen drei Delegierte.

Ortsgruppen von weniger als 50 Mitgliedern werden von dem Gauvorstand zu Wahlbezirken zusammengelegt und soll ein zusammengelegter Bezirk in der Regel nicht über 50 Mitglieder zählen.

Für die Einteilung der Wahlbezirke wurden die Mitgliederzahlen des 3. Quartals 1907 herangezogen. Nachstehend lassen wir die Wahlbezirke folgen:

1. Augsburg,	205	Mitglieder,	8	Delegierte
2. Nürnberg,	205	"	1	Delegierter
3. Erlangen,	282	"	1	"
4. Roth,	198	"	1	"
5. Wolfsburg,	180	"	1	"
6. Kempten,	119	"	1	"
7. Fürth,	95	"	1	"
8. München,	90	"	1	"
9. Bamberg,	87	"	1	"
10. Forchheim,	76	"	1	"
11. Weidenberg,	55	"	1	"
12. Neuulm,	50	"	1	"
13. Aichach,	29	"	62	"
Aichach,	93	"	1	"

Wahlleiter: Emil Pörschmann, Ansbach, Oberhäuserstraße 70.

14. Weiler, 26) 53 Mitglieder, 1 Delegierter

Kaufbeuren, 27) 54 Mitglieder, 1 Delegierter

Wahlleiter: Edmund Kraatzchner, Weiler.

15. Maitach, 26) 61 Mitglieder, 1 Delegierter

Sonthofen, 26)

Wahlleiter: Johann Geist, Sonthofen, Grünstraße 251.

16. Illertissen,

Oberndorf,

8)

54 Mitglieder, 1 Delegierter

Memmingen, 9)

Wahlleiter: Xaver Prümbs, Füssen, Marienstraße 418.

17. Krumbach, 48)

57 Mitglieder, 1 Delegierter

Dillingen, 9)

Wahlleiter: Karl Glöder, Krumbach, Neustadt.

18. Günzburg, 44)

52 Mitglieder, 1 Delegierter

Regensburg, 8)

Wahlleiter: Florian Weihaupt, Günzburg, Ulmerstraße 706.

Die Delegiertenwahlen sind in derselben Weise vorzunehmen wie die zur Generalversammlung des Verbandes und müssen bis zum 9. Dezember in allen Bezirken beendet sein. Das Resultat ist dann ungetheilt an den Gauvorstand, Johann Russelt, Lechhausen-Augsburg, Sonnstraße 18, zu berichten. Von dort aus werden den Delegierten die Mandate zugesandt werden.

Die Kosten der Delegation haben die Filialen aus ihren lokalen Mitteln zu tragen. Die zusammengelegten Orte haben die Kosten prozentual nach der Mitgliederzahl zu verteilen. Sollte eine Filiale nicht in der Lage sein, die Delegationskosten allein aufzuzeigen, so kann der Gauvorstand einen Zuschuss gewähren. Ein diesbezüglicher Antrag muss jedoch mindestens 14 Tage vorher, unter Angabe des Kassenbestandes und der Gründe, warum man die Kosten nicht allein aufzutragen kann, beim Gauvorstand eingestellt werden. Die Daten werden einheitlich auf der Konferenz festgelegt.

Kollegen und Kolleginnen! Ihr werdet es jetzt so einrichten, dass Ihr überall in den Versammlungen Stellung zur Tagesordnung der Gaukonferenz nehmmt, damit die Delegierten Eure Meinung zum Ausdruck bringen können.

Wir erfreuen nun, an allen Orten darauf zu achten, dass nur Kollegen gewählt werden, die sich stets in der Bewegung betätigen und bewährt haben. Daraus ist der Wert unserer Beratungen und Beschlüsse abhängig. Dann wird auch die Konferenz einen neuen Anstoß zu weiterem Ausbau unserer Organisation geben.

Also auf, an die Arbeit! Unsere Bewegung muss vorwärts.

Mit kollegalem Gruß

Der Gauvorstand. J. A.: B. Brüggemann, Augsburg, Augendstr. 9 III.

Gau Süß. (Württemberg, Baden, Pfalz.) Unsere erste Gaukonferenz findet am Sonntag, den 5. Januar 1908, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ zu Stuttgart statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes; a) Geschäftsbereich, b) Kassabericht. 2. Agitation und Organisation. 3. Wahl des Gauleiters und des Gauortes. 4. Anträge. 5. Die Arbeitslosenunterstützung. Anträge seitens der Filialen sind spätestens bis zum 15. Dezember 1907 an den Unterzeichneten einzufinden. Nach Abschluß 14 des Gaureglements haben an Delegierten zu entsenden die Ditz, Waiblingen, 1. Cannstatt 1, Ehingen 1, Gäßringen 1, Bärbreit, Ludwigshafen 1, Offenbach-Neumühle 1, Reutlingen 1, Sandhausen 1, Sindelfingen 1, Stuttgart 1, Schwäb.-Hall 1, Lauffen 1, Neckarsulm 1, Schiltach 1. Folgende Orte sind zu Wahlbezirken zusammengelegt und wählen gemeinschaftlich je 1 Delegierten: Mössingen, Riegel, Meitingen. Wahlleiter: Georg Beißler, Mössingen, Laugasse 81. Kirchheim u. T. Erichsfelden, Untlingen. Wahlleiter: Wilhelm Götz, Kirchheim u. T., Schubstraße 2. Gedingen, Augen, Singen a. Hohentwiel. Wahlleiter: Karl Linzenheil, Augen, a. d. J. Fabrik 76. Weinheim, Speyer a. Rh., Karlsruhe, Bietigheim in Württemberg. Wahlleiter: Georg Wolf, Krautstr. 26. Mühlacker, Überbad. a. d. R. Wahlleiter: Karl Bügel, Mühlacker, Calw, Geislingen, O. A. Balingen. Wahlleiter: A. B. a. d. R. Geislingen, O. A. Balingen. Wahlleiter: Kaiserlautern, Kusel. Wahlleiter: Elisabeth Dellmuth, Kaiserlautern, „West Apollo“. Die Wahlen finden mittels Urabstimmung statt und sind in sämtlichen Orten am Sonntag, den 15. Dezember 1907, abzuhalten. Die Wahlen am Sonntag, welche in Wahlbezirke zusammengelegt sind, haben den Wahlleiter bis zum 8. Dezember ihre Vorschläge unter genauer Angabe des Namens des Vorgesetzten zu legen. Der Wahlleiter hat dann sofort den einzelnen Orten die

Vorschlagsliste zu übersenden. Nach stattgefundenen Wahl haben die einzelnen Ortsverwaltungen die Stimmentzettel an den Wahlleiter zu senden, dieser hat das Resultat zusammenzustellen und sofort unter Aufsicht der Ortsverwaltung der Gauverwaltung zu melden. In den Orten, welche selbstständig wählen, hat der Vorsitzende ebenfalls nach Feststellung des Resultats sofort Mitteilung zu machen. Filialen, die nicht in der Lage sind, ihren Delegierten aus eigenen Mitteln zu entsenden, haben sich mit einem entsprechenden Antrage spätestens bis zum 22. Dezember an den Unterzeichneten zu wenden. Die in Wahlbezirke zusammengelegten Filialen haben die Kosten prozentual nach dem Mitgliederstand vom Schluss des 3. Quartals 1907 zu tragen. Die Delegierten haben sich mit von der Ortsverwaltung ausgestellten Mandaten zu versehen. In den zu Wahlbezirken zusammengelegten Filialen stellt die Ortsverwaltung das Mandat aus, deren Filiale der Delegierte als Mitglied angemeldet. Die Delegierten, welche auf Logis rechneten, haben sich bis spätestens Sonntag, den 22. Dezember, beim Kollegen Karl Gümmer, Stuttgart, Landhausstr. 183 III, zu melden.

Mit kollegalem Gruß

Der Gauvorstand. J. A.: Karl Schrader.

Ortsverwaltungen.

Kirchberg. Die Geschäftsstelle befindet sich Quirlsberg 115 L, Restaurant „Tivoli“. Dieselbe ist geöffnet von früh 8 bis 12 Uhr mittags, von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends. Krankengeld wird nur Sonnabends ausbezahlt. Alle Auftritte sind an Gustav Zwack, Quirlsberg 115 L, zu richten.

Lambrecht. Diejenigen Orte, die Gülfarbeiterort sind, werden ersucht, davon Abschriften an die Verwaltung der Filiale Lambrecht einzusenden.

Langenbielau. Das Mitgliedsbuch der Verbandsloslegin 3 d. G. Etzsch, Stammmnummer 292 424, eingetreten 27. Februar 1906, ist verloren gegangen. Wohnt bis Oktober III, Bezirk 4, jetzt II. Bezirk. Es wird ersucht, das Buch bei seinem Aufsuchen an die Geschäftsstelle, III. Bezirk 125, einliefern zu wollen.

Rennstetten. Das Mitglied Philipp Vogel, geb. 25. September 1888 in Birkenfeld (Rheinland), ist von hier abgereist, ohne sich abgemeldet zu haben und ohne seinen Verpflichtungen seinem Logiswirt gegenüber nachgekommen zu sein. Bei seinem Aufsuchen ist ihm das Verbandsbuch abzunehmen; dasselbe trägt die Stammmnummer 384 498, Stammmnummer 5959. Eingetreten ist P. am 12. Oktober 1907 in Neumünster.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich Klosterstr. 8; Geschäftsstunden von 9—1 Uhr früh und von 3—7 Uhr abends. Auszahlung von Rentengeld nur Sonnabends in den Geschäftsstunden, Reiseunterstützung täglich. Die Kollegen werden ersucht, ihre Angelegenheiten soweit wie möglich nur während der Geschäftsstunden erledigen zu wollen. Alle Anfragen und Mitteilungen sollte man an den Geschäftsführer: J. h. Peter, Klosterstr. 8, gelangen lassen.

Rehden. In der Nummer 44 war bemerklich, daß sich unsere sämtlichen kranken und arbeitslosen Mitglieder in der Geschäftsstelle melden sollten. Dies kommt jedoch bloß für die Rehden. Mitglieder in Beträcht. Wiederrath behält diesbezüglich seine Selbstständigkeit.

Totenliste.**Gestorbene Mitglieder.**

Berlin. Hermann Wagner, 47 Jahre alt, Darmkrankheit.

Chemnitz. Emil Franz Lautenschläger, 29 Jahre alt — Nierenleiden.

Gera. Richard Auerbach, 55 Jahre alt; Emilie Blaurock, 57 Jahre alt.

Sorau. Agunda Pohl, 19 Jahre alt — Herzenkrankheit.

Stralau-Rummelsburg. August Tesch, 46 Jahre alt — Nerven-

Ehre ihrem Andenken!**Streitfalltafel.**

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bzw. sind ausgesperrt:

Gold- und Silberarbeiter in:

Weihenbürg i. Bayern (Anselm Nach.).

In Bewegung ohne Streit befinden sich

Posamentierer in:

Mainz, Wiesbaden, Worms.

Weber in:

Nachen (Erlangen).

Bon den in Berlin im Streit bezw. in Aussperrung gewesenen

Posamentierern

sind offiziell noch nicht wieder eingestellt. Die Kollegen andernorts werden deshalb in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, Berlin zu meiden, um so mehr, da noch eine nicht geringe Zahl Arbeitsloser hinzugetreten ist.

Wegen Arbeitsmangels sollte man den Zugang nach Bamberg fernhalten.

Versammlungskalender.

Augsburg. Sonnabend (Samstag), 16. November, im „Köhlergarten“.

Bayreuth. Sonnabend, 17. November, nachmittags 3 Uhr, in der „Centralhalle“.

Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschke, Blumenstr. 38; Bahnhof.

Berlin. Rüdersdorferstr. 18; bei Wittner.

Berlin. (Sektion der Deutschen.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Döllmann, Alte Jakobstr. 69; Bahnhof.

Berlin. (Sektion Weissensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Kontext, Scherzerstraße; Bahnhof.

Berlin. (Sektion der Schiffer- und Handarbeiter.) Jeden Sonn-

abend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Möller, Landsberger-

straße 115; Bahnhof.

Berlin. (Sektion der Süder.) Jeden Freitag, abends von 8 bis

10 Uhr, bei Engel, Seeboldstr. 30; Bahnhof.

Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 5½ bis

7 Uhr, bei Berger, Biekenstr. 81; Bahnhof.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von

6 bis 8 Uhr, bei Otto, Marktstr. 28; Bahnhof.

Berlin. (Für Moabit.) Bahnhof: Goldschmidtstr. 24, bei Seiff.

Berlin. (Für Spandau.) Moabit, 20. November, abends von

6 bis 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 76.

Bielefeld. Sonnabend (Samstag), 28. November, abends 8½ Uhr, bei Blome, Weberstraße 6.

Braunschweig. Dienstag, 19. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Claudenburg. Freitag,